

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der unentgeltlichen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.)

Der „Lübecker Volksbote“ (ersch. am Samstag Abends außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1, 60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4088 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Freitag, den 5. Mai 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Maifest der Arbeit

Ist, so schreibt der „Vorwärts“, in allen Ländern würdig gefeiert worden, wie es dem erhabenen Zwecke entspricht. Da der 1. Mai dieses Jahr auf einen Montag fiel, so wurde an vielen Orten, und zwar, außer in Deutschland, auch in England und Frankreich, schon am Sonntag vorher mit der Feier begonnen. In Norddeutschland war das Wetter nicht günstig — am Sonntag Regenschauer und Gewitter, was längerem Verweilen im Freien hinderte — am Montag sehr kalte Temperatur, die am Vor- und Nachmittag die Gartenfeste beeinträchtigte; erst gegen Abend wurde es milder. Der Beteiligung und Begeisterung that dies aber keinen Abbruch. Fast von allen Orten erfahren wir, daß niemals vorher die Beteiligung so groß war. Dies hören wir nicht bloß aus Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern, insbesondere aus der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Belgien — wo der Kohlenarbeiterstreik die Massen in Bewegung gesetzt hat —, aus England und aus Frankreich, welches letzteres zum ersten Mal eine einheitliche Maifeier, nicht eine fraktionsweise zersplitterte sah. Imposant war die Feier in Frankreich namentlich dadurch, daß sämtliche von Sozialisten verwaltete Gemeinden — und unter diesen Gemeinden sind, außer Paris, die meisten der größeren Städte Frankreichs — nach einem gemeinsamen Programm die Feier geregelt hatten. Alle für die Gemeinde (Kommune) arbeitenden Beamten und Arbeiter hatten frei, den Armen und Invaliden wurde außerordentliche Unterstützung und ein festliches Mahl verabreicht, — Schut- und Kinderfeste, Umzüge, Versammlungen mit Ansprachen, Empfang der Arbeiter-Delegirten auf dem Stadthaus, öffentliche Spiele, freies Theater, Fackelzug, Illumination, Ball — das war das Programm, in welches je nach den örtlichen Verhältnissen Abwechslung gebracht wurde. Ähnliche Feiern, die sich auf Sonntag und Montag erstreckten, fanden in den sozialistischen Gemeinden Englands statt.

In Italien konnten öffentliche Umzüge nicht stattfinden — dort herrscht die Ruhe des Kirchhofs und des Belagerungszustandes. Die geknebelte Sozialdemokratie kann sich nicht regen — sie trauert und bereitet sich vor.

Alles in allem bekundet die Heerschau des 1. Mai ein abermaliges Wachstum der Sozialdemokratie.

Und wie die Feier äußerlich des hohen Zweckes würdig war, so in noch höherem Maße innerlich. Die Maizeitungen zeichneten sich sämtlich durch erstens Inhalt und schwungvollen Ton aus — jedes Wort bekundet ideales, aufs Höchste gerichtetes Streben. Kein Fest der bürgerlichen Welt kann sich in dieser Beziehung auch nur annähernd mit dem Maifest der Arbeit messen. — Da sind keine Boten, da sind keine faden Witze: alles athmet Begeisterung für Freiheit, Recht, Menschlichkeit.

Das gilt auch von den Festreden, in Deutschland neben dem Gedanken des Weltfriedens, der internationalen Solidarität und Völkerverbrüderung, der Entschlossenheit Ausdruck geben, dem Zuchtstrafgesetz und den Männern des Zuchtstrafgesetzes unbeugbaren Widerstand zu leisten — wie weiland dem Sozialistengesetz. So ging eine kühne Kampfstimmung durch dieses Fest des Friedens und der Brüderlichkeit. Kampf bis zum Sieg, das war die Losung.

Von keinem Mißklang gestört, hat die internationale Heerschau des Proletariats wieder die Einigkeit der Arbeiter aller Länder gezeigt, und den Arbeitern hat sie ihre Macht gezeigt und die Sicherheit des Sieges. Dem Bürgerthum aber, das im Rückwärts der Schwäche, nachdem es bisher vor dem Ersten Mai gezittert hatte wie Espenlaub, jetzt so thut, als läge es über den Ersten Mai, rufen wir zu:

Geht hin und thut desgleichen!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 3. Mai 1899.

Zum Reichstage widmete heute zunächst Graf Balleström dem verstorbenen Präsidenten v. Simson einen

Nachruf. Er war ziemlich schmal- und schwunglos gehalten und in der Hauptsache biographisch. Doch das hängt mit dem Temperament des Redners zusammen und niemand kann über seine Individualität hinaus. Nach diesem Akte pietätvollen Gedenkens wurde die große sozialpolitische Debatte, die vor 8 Tagen bei Beratung der 3 Anträge Dike-Lieber, Heyl zu Herrnsheim und Wacknide auf Einführung von Arbeitskammern und Errichtung eines Reichsarbeitsamtes entzweit worden war, fortgesetzt. Obwohl Herr von Stumm schon in der letzten Sitzung seinen vom Arbeitgeberabsolutismus diktierten ablehnenden Standpunkt dem Hause kund und zu wissen gethan hatte, fühlte sich sein spezieller Parteifreund Herr von Kardorff gemüthigt, auch seinerseits diesen ablehnenden Standpunkt zu vertreten. Er trieb in allgewohnter Manier Sozialistenhege und forderte ganz nach Stummschem Rezept ein Ausnahmengesetz, das allen Sozialdemokraten das aktive und passive Wahlrecht nimmt und ging dann in womöglich noch heftigerer Weise gegen den sozialpolitischen Flügel der Nationalliberalen vor, als es selbst König Stumm gethan hatte. Herr Bued, der bekannte Vertreter des einseitigsten Klassenstandpunktes wurde von ihm mit sichtlichem Behagen gegen Herrn Heyl ausgespielt. Daß übrigens Herr Bued, der frühere nationalliberale Abgeordnete, auch heute noch zahlreiche Freunde in der Partei hat, zeigte die Erklärung, die der Abg. Büsing für den Möllerschen Flügel gegen die Anträge Heyl abgab. Die Herren Nationalliberalen halten an ihrer alten Gewohnheit fest, ihre Ansichten gegenständig zu paralysiren. Ihr Parteifarren hat immer noch vorne und hinten eine Deichsel, zieht das eine Pferd vorwärts, zieht sicher das andere Pferd rückwärts. Für die freisinnige Partei sprach der Abgeordnete Wiemer. Es war eine recht mattherzige, gewundene Rede, die deutlich erkennen ließ, daß es mit dem großen sozialpolitischen Anlauf in der freisinnigen Partei noch recht hapert.

Die Konservativen schickten den „zahmen“ Herrn Dr. Kropatsch und den wilden Herrn Stöcker vor. Bei einem Vergleich beider Reden muß gesagt werden, der Wilde ist doch ein besserer Mensch, er überragt, wenn auch nicht an Ehrlichkeit, so doch an Klugheit, alle seine früheren Fraktionsgenossen. Unser Fraktionsredner war Genosse Wolkensbuhr. Er griff in die Diskussion mit der ihm eigenen wohlthuenden Ruhe und Sachlichkeit ein. Da in den Ausführungen der bürgerlichen Redner soviel von einer Mauserung der Sozialdemokratie die Rede war, legte er an der Hand der geschichtlichen Entwicklung überzeugend dar, wie die Sozialdemokratie die bescheidenen Forderungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stets und ständig erweitert und mit den Ansprüchen und Erfordernissen der Industrie in Einklang zu bringen verumt hat. Wenn heute die Sozialdemokratie vielen vernünftiger vorkomme, wie vor Jahrzehnten, so liege das nicht an einer Mauserung der Sozialdemokratie sondern an der unbestreitbaren Thatsache, daß sie sich für ihre Bestrebungen auch innerhalb der bürgerlichen Kreise immer mehr und mehr Verständniß errungen habe. Wolkensbuhr trat den Anträgen mit vorurtheilvoller Sachkenntniß gegenüber. Er erkannte an, daß sie einen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten, den man mitmachen könne, weil der Sozialdemokratie selbst daraus kein Schaden erwachsen würde. Mit einem Appell, den Arbeitern ihre Gleichberechtigung nicht länger vorzuenthalten, ihr materiell besser zu stellen, weil er nur so leistungsfähiger werden könne, schloß unser Genosse seine warmherzige Rede.

Die Debatte wird morgen noch fortgesetzt. Außerdem steht die Vorlage betr. den Kaiser Wilhelm-Kanal auf der Tagesordnung.

75. Sitzung. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Niemann.

Präsident Graf Balleström: Meine Herren, ich habe Ihnen eine Trauerbotschaft mitzutheilen. (Die Abgg. erheben sich von den Plätzen.) Nach einer Mittheilung des Herrn Justizrath von Simson ist der Vater desselben der langjährige Präsident des Reichstags, Reichsgerichtspräsident a. D. v. Simson gestern Abend im 89. Lebensjahre sanft entschlafen. Meine Herren, in allen Entwidlungssphären der deutschen Einheitsbewegung hat der Entschlafene eine hervorragende Stellung eingenommen. Als Präsident der Frankfurter Nationalversammlung verkündigte er an der Spitze einer Deputation am 3. April 1849 S. Maj. dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen seine Wahl zum deutschen Kaiser. Sowohl im konstituierenden als auch im ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes sowie im Zollparlamente bekleidete Simson die Stelle des ersten Präsidenten. Als solcher überreichte er an der Spitze einer Deputation des norddeutschen Reichstags

am 18. Dezember 1870 S. Maj. dem König Wilhelm I. von Preußen in Versailles die Adresse, durch welche Allerhöchstdemselben die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Auch der erste deutsche Reichstag wählte Simson zum ersten Präsidenten. Er bekleidete diese Würde von 1871 bis 1874, wo er aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte, aber noch bis 1878 dem Reichstag als Mitglied angehörte. Im Jahre 1879 wurde Simson zum ersten Präsidenten des neu errichteten Reichsgerichts in Leipzig ernannt, 1888 wurde ihm von S. Maj. dem Kaiser Friedrich III. der hohe Orden vom Schwarzen Adler und damit der erbliche Adel verliehen. Meine Herren, trauernd und tiefbewegt steht der Reichstag an der Bahre seines ersten Präsidenten, dem er immer ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um das Andenken Ihres ersten Präsidenten zu ehren. Ich stelle das fest.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt derselben, die zweite Beratung des von den Antikemiten eingebrachten Gesetzes betr. das Verleihen der Schlichtere wird auf Antrag des Abg. Lieber (Centr.) und unter Zustimmung des Antragstellers Liebermann von Sonnenerberg (Antik.) auf den nächsten Samstag vertagt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der Anträge Lieber (C.) auf Errichtung von Arbeitskammern in Verbindung mit der Fortsetzung der Beratung des Antrags Büsing (Fr. Berg.) wegen Errichtung eines Reichsarbeitsamtes.

Abg. v. Kardorff (Apt.): Wir haben es hier mit einer Hochfluth von sozialpolitischen Anträgen zu thun, von denen meines Erachtens nicht die antragstellenden Parteien, sondern vielmehr die Sozialdemokraten den Vortheil haben werden. Wenn die Arbeitskammern alle die Aufgaben erfüllen sollen, die ihnen der Abg. Dike zuschieben will, so können sie einfach an die Stelle sämtlicher sonstigen Staats- und Gemeindebehörden treten. Statt überall den Arzt spielen zu wollen, solle man lieber der Natur den Lauf lassen. Wenn die Dikeschen Pläne verwirklicht würden, so würde ihr Urheber bald der unpopulärste Mann Deutschlands sein. Herr Heyl von Herrnsheim habe Herrn Bued angegriffen und ihm Unkenntniß der englischen Gesetze vorgeworfen; Herr Bued sei aber besser informiert als Herr von Heyl und habe richtig vorangesagt, daß die neueste Entwicklung der englischen Trade-Unions die englische Industrie und ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schädigen werde. Es sei überhaupt häufig unangebracht, ausländische Verhältnisse zum Vergleich heranzuziehen; erst jüngst habe sich Herr Babel mit der Hauptung geirrt, daß in einem schweizerischen Canton die Arbeitslosen-Versicherung mit großer Majorität angenommen worden sei, während vielmehr das Gegentheil der Fall gewesen. Die ausländischen Verhältnisse zum Vergleich heranzuziehen, geschehe schon deshalb nicht, weil die deutschen Verhältnisse ganz eigenartig seien. Um die soziale Gesetzgebung, die Deutschland besitze, werde es von der ganzen Welt beneidet; in Deutschland gehe es den Arbeitern besser als sonst irgendwo. Herr v. Heyl irrt sich, wenn er meint, er werde der sozialdemokratischen Partei Stimmen abjagen, indem er einen alten Lebensalter derselben hervorholt; aber die Sozialdemokratie steht augenblicklich so mächtig da, als daß dies der Fall sein wird. Der Abgeordnete Mölde zeichnet sich durch die Festigkeit seiner Polemik gegen Herrn von Stumm aus. Er mag es ja nötig haben, sich bei den Sozialdemokraten populär zu machen (Zuruf des Abgeordneten Mölde: Sie haben Recht! Heiterkeit). Angriffe gegen Herrn v. Stumm sind sehr populär, das weiß ja auch die christlich-sozialistische Partei. Aber nichts vermag das Vertrauen der Arbeiter des Herrn v. Stumm zu ihm zu erschüttern. (Lachen links). Herr v. Stumm hat den ersten Anstoß zur sozialen Gesetzgebung gegeben. (Erneutes Lachen links). Das Publikum wird darüber richten, ob es angebracht ist, einen Mann von einer solchen Vergangenheit in der Weise des Herrn Abgeordneten Mölde anzugreifen. Die Entlassung des Ministers von Berlepsch zeigt, in welcher Weise die jetzige Regierung die kaiserlichen Erlasse aufzufassen wissen will. Kein Stillstand, aber auch keine revolutionäre Ueberstürzung. Vor Allem muß der neue Kurs Energie in der Bekämpfung der Sozialdemokratie entwickeln. Es ist die höchste Zeit, daß ein neues Ausnahmengesetz in Kraft tritt. Denjenigen, die sich an der sozialdemokratischen Agitation betheiligen, muß das aktive und passive Wahlrecht auf 5 Jahre entzogen werden. (Große Heiterkeit). Es handelt sich einfach um eine Nachfrage. Mit der jetzigen Schaffheit freilich kann die Sozialdemokratie nicht mit Aussicht bekämpft werden. Noch ist nicht einmal das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen dem Reichstage vorgelegt worden. Wir gleiten dem Abgrunde zu (Heiterkeit) und Anträge, wie die des Herrn Heyl beschleunigen dies Tempo. Die Regierung läßt uns in ihrer Passivität in Stich und Leute aus den gebildeten Ständen sind so verblendet, sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. Aber 1848 hat der General v. Neumann gesagt: „Preußen geht nicht zu Grunde, die Hohenzollern haben ihren eigenen Stern“. (Heiterkeit). Wir vertrauen auf den Stern der Hohenzollern; dann werden wir nicht zu Grunde gehen. (Große, andauernde Heiterkeit).

Büsing (M.): Ich giebt die kurze Erklärung ab, daß ein Theil der nationalliberalen Fraktion nicht mit den Heyl'schen Anträgen einverstanden sei (Hört, hört! und Bravo! rechts.)

Wiemer (Fp.): Unsere Fraktion steht im Allgemeinen der sozialpolitischen Bestrebungen sympathisch gegenüber, schlägt aber Kommissionsberatung vor. Die Grundlage des Heyl'schen Antrags erscheint uns verfehlt. Prinzipiell sind wir für eine Arbeitervertretung, aber die Gewerbegerichte als Organe der Rechtsprechung dürfen nicht auch zu Organen der Verwaltung werden. Die gewichtige Arbeitslosen-Frage darf nicht so en passant behandelt werden; der beste Weg scheint uns der der Selbsthilfe zu sein, den die Kirch-Dunder'schen Gewerkschaften mit Erfolg beschritten haben. Wir haben alle Bewilligung, Herrn v. Heyl mit einigem Mißtrauen zu begegnen, der in wirtschaftspolitischen Dingen einen dem unsern diametral entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. (Rufe rechts: Das ist ein wahrer Segen!) Herr von Heyl hat die Handelsverträge, welche der Kaiser eine rettende That genannt hat, als Ausfluß dilettantischen Hingestell. Es ist uns sehr angenehm, daß Herr Dike von seinem früheren Standpunkte der neuen Arbeitervertretungen zurück-

am 18. Dezember 1870 S. Maj. dem König Wilhelm I. von Preußen in Versailles die Adresse, durch welche Allerhöchstdemselben die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Auch der erste deutsche Reichstag wählte Simson zum ersten Präsidenten. Er bekleidete diese Würde von 1871 bis 1874, wo er aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte, aber noch bis 1878 dem Reichstag als Mitglied angehörte. Im Jahre 1879 wurde Simson zum ersten Präsidenten des neu errichteten Reichsgerichts in Leipzig ernannt, 1888 wurde ihm von S. Maj. dem Kaiser Friedrich III. der hohe Orden vom Schwarzen Adler und damit der erbliche Adel verliehen. Meine Herren, trauernd und tiefbewegt steht der Reichstag an der Bahre seines ersten Präsidenten, dem er immer ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um das Andenken Ihres ersten Präsidenten zu ehren. Ich stelle das fest.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt derselben, die zweite Beratung des von den Antikemiten eingebrachten Gesetzes betr. das Verleihen der Schlichtere wird auf Antrag des Abg. Lieber (Centr.) und unter Zustimmung des Antragstellers Liebermann von Sonnenerberg (Antik.) auf den nächsten Samstag vertagt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der Anträge Lieber (C.) auf Errichtung von Arbeitskammern in Verbindung mit der Fortsetzung der Beratung des Antrags Büsing (Fr. Berg.) wegen Errichtung eines Reichsarbeitsamtes.

Abg. v. Kardorff (Apt.): Wir haben es hier mit einer Hochfluth von sozialpolitischen Anträgen zu thun, von denen meines Erachtens nicht die antragstellenden Parteien, sondern vielmehr die Sozialdemokraten den Vortheil haben werden. Wenn die Arbeitskammern alle die Aufgaben erfüllen sollen, die ihnen der Abg. Dike zuschieben will, so können sie einfach an die Stelle sämtlicher sonstigen Staats- und Gemeindebehörden treten. Statt überall den Arzt spielen zu wollen, solle man lieber der Natur den Lauf lassen. Wenn die Dikeschen Pläne verwirklicht würden, so würde ihr Urheber bald der unpopulärste Mann Deutschlands sein. Herr Heyl von Herrnsheim habe Herrn Bued angegriffen und ihm Unkenntniß der englischen Gesetze vorgeworfen; Herr Bued sei aber besser informiert als Herr von Heyl und habe richtig vorangesagt, daß die neueste Entwicklung der englischen Trade-Unions die englische Industrie und ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schädigen werde. Es sei überhaupt häufig unangebracht, ausländische Verhältnisse zum Vergleich heranzuziehen; erst jüngst habe sich Herr Babel mit der Hauptung geirrt, daß in einem schweizerischen Canton die Arbeitslosen-Versicherung mit großer Majorität angenommen worden sei, während vielmehr das Gegentheil der Fall gewesen. Die ausländischen Verhältnisse zum Vergleich heranzuziehen, geschehe schon deshalb nicht, weil die deutschen Verhältnisse ganz eigenartig seien. Um die soziale Gesetzgebung, die Deutschland besitze, werde es von der ganzen Welt beneidet; in Deutschland gehe es den Arbeitern besser als sonst irgendwo. Herr v. Heyl irrt sich, wenn er meint, er werde der sozialdemokratischen Partei Stimmen abjagen, indem er einen alten Lebensalter derselben hervorholt; aber die Sozialdemokratie steht augenblicklich so mächtig da, als daß dies der Fall sein wird. Der Abgeordnete Mölde zeichnet sich durch die Festigkeit seiner Polemik gegen Herrn von Stumm aus. Er mag es ja nötig haben, sich bei den Sozialdemokraten populär zu machen (Zuruf des Abgeordneten Mölde: Sie haben Recht! Heiterkeit). Angriffe gegen Herrn v. Stumm sind sehr populär, das weiß ja auch die christlich-sozialistische Partei. Aber nichts vermag das Vertrauen der Arbeiter des Herrn v. Stumm zu ihm zu erschüttern. (Lachen links). Herr v. Stumm hat den ersten Anstoß zur sozialen Gesetzgebung gegeben. (Erneutes Lachen links). Das Publikum wird darüber richten, ob es angebracht ist, einen Mann von einer solchen Vergangenheit in der Weise des Herrn Abgeordneten Mölde anzugreifen. Die Entlassung des Ministers von Berlepsch zeigt, in welcher Weise die jetzige Regierung die kaiserlichen Erlasse aufzufassen wissen will. Kein Stillstand, aber auch keine revolutionäre Ueberstürzung. Vor Allem muß der neue Kurs Energie in der Bekämpfung der Sozialdemokratie entwickeln. Es ist die höchste Zeit, daß ein neues Ausnahmengesetz in Kraft tritt. Denjenigen, die sich an der sozialdemokratischen Agitation betheiligen, muß das aktive und passive Wahlrecht auf 5 Jahre entzogen werden. (Große Heiterkeit). Es handelt sich einfach um eine Nachfrage. Mit der jetzigen Schaffheit freilich kann die Sozialdemokratie nicht mit Aussicht bekämpft werden. Noch ist nicht einmal das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen dem Reichstage vorgelegt worden. Wir gleiten dem Abgrunde zu (Heiterkeit) und Anträge, wie die des Herrn Heyl beschleunigen dies Tempo. Die Regierung läßt uns in ihrer Passivität in Stich und Leute aus den gebildeten Ständen sind so verblendet, sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. Aber 1848 hat der General v. Neumann gesagt: „Preußen geht nicht zu Grunde, die Hohenzollern haben ihren eigenen Stern“. (Heiterkeit). Wir vertrauen auf den Stern der Hohenzollern; dann werden wir nicht zu Grunde gehen. (Große, andauernde Heiterkeit).

Büsing (M.): Ich giebt die kurze Erklärung ab, daß ein Theil der nationalliberalen Fraktion nicht mit den Heyl'schen Anträgen einverstanden sei (Hört, hört! und Bravo! rechts.)

Wiemer (Fp.): Unsere Fraktion steht im Allgemeinen der sozialpolitischen Bestrebungen sympathisch gegenüber, schlägt aber Kommissionsberatung vor. Die Grundlage des Heyl'schen Antrags erscheint uns verfehlt. Prinzipiell sind wir für eine Arbeitervertretung, aber die Gewerbegerichte als Organe der Rechtsprechung dürfen nicht auch zu Organen der Verwaltung werden. Die gewichtige Arbeitslosen-Frage darf nicht so en passant behandelt werden; der beste Weg scheint uns der der Selbsthilfe zu sein, den die Kirch-Dunder'schen Gewerkschaften mit Erfolg beschritten haben. Wir haben alle Bewilligung, Herrn v. Heyl mit einigem Mißtrauen zu begegnen, der in wirtschaftspolitischen Dingen einen dem unsern diametral entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. (Rufe rechts: Das ist ein wahrer Segen!) Herr von Heyl hat die Handelsverträge, welche der Kaiser eine rettende That genannt hat, als Ausfluß dilettantischen Hingestell. Es ist uns sehr angenehm, daß Herr Dike von seinem früheren Standpunkte der neuen Arbeitervertretungen zurück-

genommen ist und nunmehr eine gemischte Vertretung, Arbeitssammern statt Arbeiterkammern bestrachtet. Auch klammere ich nicht bei, wenn Herr Hise in den Arbeitssammern einen weiteren Schritt auf dem Wege der Berufsvertretung findet; solche Berufsvertretungen, als die landwirtschaftliche, Handwerker, Gewerbetreibenden, sind uns zum Teil unangenehm und haben sich auch häufig als unzuverlässig erwiesen. Wenn Herr Hise übrigens glaubt, den arbeitsrechtlichen Punkt befunden zu haben, von dem aus die Sozialdemokratie aus den Angeln heben kann, so fürchte ich, daß sich dieser Punkt vielmehr als arbeitsrechtlich erweisen wird. (Ausl. R.) Den Anträgen Müllers, Bäckers stimmen wir vorbehaltlos zu. Uebrigens hat die ganze Debatte einen wesentlich akademischen Charakter. Wenn die lex Dreyhausen, die am sozialpolitischen Horizont aufgetaucht ist, das Haus beschäftigen wird, dann erst werden die Monologe der Abgeordneten zu Dialogen werden.

Kropatschek (R.) erklärt, daß er nur auf bringenden Wunsch seiner Fraktionsgenossen das Wort ergreife. Es sei ihm nicht recht klar geworden, ob der Abg. Wiener denn nun eigentlich für oder gegen die Anträge Hise sei, ob er als Instanz für die in die sozialpolitischen Epochen unternehmen dürfe oder nicht. Er sehe keinen Grund ein, warum er den Anträgen lieber Hise nicht zustimmen solle. Herr Hise habe nicht, wenn er sage, die Hise der kaiserlichen Erlasse seien noch nicht erledigt, aber der kaiserlichen Regierung sei daraus kein Vorwurf zu machen. Die Sozialdemokratie thut nichts oder so gut wie nichts für die Arbeiter, sie hält nur lange Reden. (Sehr richtig! rechts.) Man sagt zwar, die Sozialdemokratie wandle sich allmählich in eine soziale Reformpartei um. Aber Herr Singer hat rühmend erklärt, daß die Sozialdemokratie an ihren Endzweilen festhält und alle Reformen nur als kleine Weggeherung betrachtet. Man kann uns nicht zumuten, daß wir der Schließung sein wollen, an dem man das Weser weht, mit dem man uns abwirft. Als das könnte uns veranlassen, aus Furcht vor der Sozialdemokratie gegen die soziale Gesetzgebung zu sein. Aber wir betrachten diese eben nicht im Hinblick auf die eventuelle Wirkung auf die Sozialdemokratie. Deshalb sind uns auch die Anträge lieber Hise ganz sympathisch. Eine Kommissionsberatung ist natürlich unbedingt notwendig.

Wolkenbühr (SD.): Nach dem Abg. Kropatschek ist der Staat ein Verein, aus dem nicht alle Elemente einfach ausgeschlossen werden können. Nun, Mittelteil eines Vereins wird man durch eigenen Willen, Mittelteil des Staates durch die Geburt. Der Staatsbürger hat eine Menge schwerer Pflichten zu erfüllen und diesen stehen unzweifelhaft Rechte gegenüber. Hält ein Staatsbürger die bestehende Staatsordnung für abänderungsbedürftig, so ist es sein gutes Recht, auf diese Abänderung hinzuwirken. (Sehr richtig! links.) Ja, es ist seine Pflicht, denn hätte er es nicht, so würde er den Staat nur zum Spielball reaktionärer Gelfüste machen. Da wir aber nicht so große Reichsfeinde sind, um den Staat der Reaktion zu überantworten, so werden wir uns nicht davon abhalten lassen, am Ausbau des Staates, soweit es sozialen und kulturellen Fortschritt gilt, mitzuwirken. (Bravo! bei den Soz.) Die Konservativen behaupten immer, daß sie jedes Gesetz daransitz prüfen, ob es von der Sozialdemokratie zu Agitationszwecken ausgeht. Mit diesem Grundsatze kommen die Herren aber immer nur dann, wenn es sich um arbeiterfreundliche Gesetze handelt. Stehen z. B. die Interessen der Beamtenvereine auf dem Spiel, so kümmern sie sich sehr wenig darum, ob wir Sozialdemokraten diese ihre Prämissenpolitik agitatorisch ausbeuten können. — Daß Herr v. Kardorff auf dem Standpunkt des Herrn Bredt steht, war mir bekannt, aber ich hätte doch geglaubt, daß er in der Wahl seiner Beispiele vorsichtiger sein werde. In Amerika haben die Arbeiter gesetzlich genau dieselben Freiheiten wie in England, weshalb konnten also die amerikanischen Firmen die Lieferung der eisenen Brücken für Ägypten übernehmen? Für die englischen Unternehmer lagen eben ganz andere Gründe als die Furcht vor Streiks bei Ablehnung der Lieferungen vor. Wahrscheinlich waren sie mit Ausföhrungen damals überlastet.

Nun noch einige Worte zu den Ausführungen des Abg. Hise. Er meinte, seine Anträge seien etwas ganz anderes, als was wir in den Jahren 1878, 1885 und 1890 beantragt hätten; vor allem wolle er nicht wie wir damals, alle möglichen Verzweigungen in den Arbeiterkammern zusammenwerfen. Nach meiner Meinung ist das gerade ein Fehler, der seinen Arbeiterkammern anhaftet. Weiter sagt Herr Dr. Hise, wenn seine Anträge angenommen würden, so wäre der arbeitsrechtliche Punkt gefunden, von dem aus man die Sozialdemokratie aus den Angeln heben könnte. Danach hätte also die Sozialdemokratie 1885 eigentlich betraue einen Selbstmord begangen. Doch ich glaube, Herr Hise hat das alles nur gesagt, um eine Mehrheit für seine Anträge hier im Hause zu erlangen. Er weiß, daß, wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, dann Herr v. Stumm und die Konservativen stets bei der Hand sind. Aber die Herren haben sehr wohl erkannt, daß seine Anträge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sehr wenig geeignet sind. Herr Hise verkennet eben die tatsächlichen Verhältnisse ebensowohl wie die Sozialdemokratie. Er sagt, es sei der Sozialdemokratie gelungen, einen Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu konstatieren. Wenn er umgekehrt gesagt hätte, die Sozialdemokratie sei das Produkt der Klassengegenstände, dann wäre er den tatsächlichen Verhältnissen etwas näher gekommen. Er stellt es so dar, als sei die Sozialdemokratie ihr eigener Großvater. (Heiterkeit.) Daß diese Klassengegenstände bestehen, dürfte doch Herrn Hise nicht unbekannt sein. Er lese nur die Verhandlungsberichte des Verbandes deutscher Industrieller, da wird er sehr bald herausfinden, wie scharf diese Gegensätze zum Ausdruck kommen. Er braucht sich auch nur das Leben selbst anzusehen, um diese Gegensätze zu erkennen. Der Drang nach billigen Arbeitskräften treibt die Arbeitgeber zu dem Bestreben, die Arbeiter möglichst rechtlos zu machen. Darum treten sie jeder Erweiterung der Rechte der Arbeiter in den Weg. Man ersieht dieses Bestreben aus den Kundgebungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, es klingt wieder in den Reden der Herren Bredt und Beumer. Ueberall thun die Unternehmer sich zusammen, um, wenn möglich, die Arbeiterorganisationen zu sprengen. Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe darin, die Arbeiter zu gleichberechtigten Staatsbürgern zu machen. Eben weil dies in dieser Gesellschaft nicht geht, erstreben wir eine neue Gesellschaftsordnung. Herr Hise freilich meint, wir seien zahm geworden. Aus unserer Parteigeschichte hat er diese Weisheit sicher nicht. Wie beschäiden waren Lassalle's Forderungen: Allgemeines Wahlrecht und Produktiv-Assoziationen mit Staatskredit! So billig macht das heute kein Sozialdemokrat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aus dem Erfurter Programm sind die Produktiv-Assoziationen ganz verschwunden, nicht weil wir zurück, sondern im Gegenteil, weil wir weiter gegangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Meinung des Herrn Dr. Hise hat einen anderen Ursprung. Als die Herren zum ersten Male von den Sozialdemokraten hörten, hielten sie dieselben für eine Art zweibeiniger Kanthiere. Nachher meinten sie dann: Na, jetzt sind die Sozialdemokraten ganz vernünftig, früher waren sie eben anders. Aber daß die Sozialdemokratie früher ganz anders gewesen sein soll, das besteht nur in Ihrer Phantasie. Stets waren wir dabei, durch Einzelreformen die Lage der Arbeiter zu verbessern, ohne deshalb ein Endziel aufzugeben. Herr Abg. Kropatschek hat ganz Recht, wir betrachten solche Reformen als eine Art Tatzgeld auf dem Wege zum Endziel. Die Müller, Bäder und Kellner haben vorläufig nicht den Recht, sondern erst den Wohlstand gefordert, nicht als Endziel, sondern als Liebesgang. Wir sind keine Dogmengebenden. Beweist uns jemand mit Thatfachen die Unrichtigkeit einer bisherigen Annahme, so werfen wir diese aber den Haufen, wie wir's mit dem ehernen Anhangese gemacht haben. Der Sozialismus ist kein Glaube, sondern eine Wissenschaft, darum unterliegt

er Veränderungen, wie jede Wissenschaft. Darum ist aber mit nichten zahm geworden. Herr Hise scheint ernsthaft zu meinen, daß die Sozialdemokratie geschädigt werden würde, sobald Arbeiterkammern nach seinem Vorschlage in's Leben gerufen würden. Die Sozialdemokratie ist so lange getrieben worden, daß wir uns an das Weltwerden allmählich gewöhnt haben. (Heiterkeit.) Auf einmal mehr oder weniger kommt es dabei nicht an. Immerhin ist die Arbeiterkammern werden einen gewissen Fortschritt bedeuten, indem sie als Gegenstück zu den Landwirtschaftskammern u. den Arbeitern eine gewisse Gleichberechtigung sichern würden. Für eine Art von Arbeiterorganisation ist ja sogar Herr von Stumm; er schwärmt für Knappschloßkassen. Gegen die Arbeiterkammern wendet er ein, daß dort die Sozialdemokraten das große Wort führen würden. Damit kann man natürlich jede Selbstverwaltung ablehnen; denn die Möglichkeit, daß dabei Sozialdemokraten zu Wort kommen, ist doch überall vorhanden. Weiter sagt Herr von Stumm, die Disziplin wird gestört. Natürlich! So klingt es ja auch wieder aus den Kundgebungen des Zentralverbandes der Industriellen: Die Disziplin ist gefährdet, die Ordnung in der Fabrik gestört. Nun, die Unternehmer und ihre Presse haben allmählich alle möglichen Dinge als Gefährdung der Disziplin bezeichnet; so die „Wohlfahrt“, das Sprachrohr des Herrn von Stumm, die kommunalen Arbeitervereine. Unter Disziplin verstehen die Unternehmer die stunde Unterordnung des Arbeiters unter den Unternehmer. Herr v. Stumm nennt das freilich patriarchalisches System und thut sehr entrüstet, wenn gesagt wird, die Arbeiterkraft sei eine Waare, weil das in seinen Augen eine Herabwürdigung des Arbeiterstandes sei. Allein das ist keineswegs der Fall; vielmehr ist der Stand der Waarenverkäufer ein sehr angenehmer in der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn nun von sehr autoritativer Seite die Verwirklichung eines Gesetzes kommen würde, wonach jeder Verbruk, einen Fabrikanten zu zwingen, nicht billiger als in dem vom Syndikat festgesetzten Preise zu verkaufen, oder gar die Fabrikanten zu zwingen, so würde sicher ein wildes Toben unter den Fabrikanten sich erheben wegen dieses Eingriffs in die ersten Menschenrechte. Aber natürlich — wenn Arbeiter solches angebroht werde, so sei das etwas ganz anderes. Die Ankündigung habe einen wilden Jubel in Unternehmerkreisen entfesselt. Herr Kardorff habe sich mal wieder in Anpreisungen der Stummischen Wohlfahrtseinrichtungen ergangen. Weit besser als alle solche Wohlfahrtseinrichtungen, die als Anstöß für den Arbeiter angesehen werden, sei es, den Arbeitern jene Bewegungsfreiheit zu bewilligen, deren sich die Unternehmer im höchsten Grade erfreuen. So ist z. B. der Zentralverein der deutschen Industriellen schlangweg ein politischer Verein. Hohe Preise werden von den Unternehmern als nationales Glück, hohe Löhne im Gegentheil als nationales Unglück angesehen. Immerhin hat sich in dieser Beziehung ein Wechsel vollzogen, von dem jetzt sogar auch die nationalliberale Partei ergriffen worden ist. Kellner hat, wenn auch unfreiwillig, zu diesem Umschwunge mehr beigetragen, als Herr von Stumm mit seiner schroffen und kräftigen Hervorhebung des überspanntesten Unternehmer-Absolutismus. Auf diese Ueberpannung ist eine Reaktion erfolgt; man will im Gegentheil zu Herrn von Stumm den Arbeitern einige Rechte einräumen. Zugabe ist, daß neuen Maßnahmen genaue Untersuchungen vorausgehen haben. Dazu reichen aber die jetzigen Organe nicht im Entferntesten aus. Verlangt doch unsere Bureaukratie schon beim Vollzuge der sozialen Gesetze. Wer sollte z. B. wohl eine Streikfrist annehmen? Natürlich die Polizei. Aber wie würde sie es machen? Sie würde ganz einfach die Unternehmer nach den Ursachen des Streiks fragen. Dabei würde natürlich ein ganz solches Bild sich ergeben, selbst, wenn alle einzelnen Thatfachen vollständig richtig angegeben werden. (Medner führt aus seiner eigenen Praxis einen Fall an, der ihn, während er noch als Chiropraxenarbeiter tätig war, passiert ist.) Die Unternehmer organisieren sich frei und ungehindert, die Verwaltungsbehörden nicht nur, sondern auch die Gerichte stellen sich in ihren Dienst. Einzelne Gerichte bestrafen die Androhung von Streiks bereits als Eingriff; aber noch kein Arbeitgeber ist bestraft worden, wenn er durch Androhung der Entlassung billiger Löhne erzwingen will. Auf der rechten Seite behauptet man, nirgends besteht soviel Arbeiterschutz wie in Deutschland. Das trifft quantitativ, aber nicht qualitativ zu. Mäander thätige Arbeiter muß schwer um des Lebens Nothdurft ringen. Sie auf der Rechten halten zwar Handbau am Boden, aber nicht an der Arbeiterkraft des Arbeiters ist verantwortlich. Wir gehen schweren wirtschaftlichen Kämpfen mit Rußland entgegen, dessen industrielle Aufschließung jetzt begonnen hat. Wollen Sie den großen Wettkampf auf dem Weltmarkte bestehen, so steigern Sie die Arbeitsfähigkeit der deutschen Arbeiter. Sie steigern diese Arbeitsfähigkeit, wenn Sie für seine Befestigung eintreten, wenn Sie lernen, auch den Arbeiter als Menschen zu betrachten! (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stöcker (wildtous.) bedeutet die Haltung der Reichspartei. Herr v. Kardorff muß sich selbst sagen, daß ein ungünstiger Augenblick, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, als der jetzige, kaum gewährt werden kann. Während die Sozialdemokratie infolge der Kartellpolitik stets an Stimmen zugenommen hat, haben gerade die Freunde des Herrn von Kardorff immer stärkeren Stimmenverlust erlitten — ein Beweis, Herr von Kardorff, daß Sie von diesen Dingen nichts verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie beginnt allmählich den Marxismus abzulegen, weil er nicht mehr zieht. Nur mit praktischer Sozialreform vermag man etwas zu erreichen und die Arbeiter und kleinen Leute vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Dazu sind die Arbeiterkammern ein gutes Mittel, während die von Herrn v. Stumm vorgeschlagenen Knappschloßkassen nur für einige Gewerke sich eignen. Alle diese Dinge sind nicht nur unter rein-wirtschaftlichem, sondern noch weit mehr unter dem sozialen und nationalen Gesichtspunkt zu betrachten. (Bravo!)

Freiherr v. Stumm (Rp.): Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern habe ich ja gar nicht bestritten (Nachen); aber die Sozialdemokratie muß unter allen Umständen bekämpft werden. Der Vorschlag des Herrn v. Kardorff ist noch viel zu zahm (Heiterkeit). Herr Müllers Erklärung beweist, daß Kardorff und ich doch nicht allein stehen. Nur die Gegner der Sammlungspolitik bekämpfen mich in der Presse. Ich bin für persönliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; die Klus zwischen Beiden muß ausgefüllt werden; das geschieht aber nur, wenn der Arbeiter das nötige Pflichtbewusstsein hat. (Große Heiterkeit.) Herr v. Heul werde ich künftig in sozialpolitischen Dingen als Bestimmungsgenossen des Herrn Singer betrachten. (Große Heiterkeit.)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem: Gebührenordnung für den Kaiser Wilhelm-Kanal, Kaufschiffel-Schiffslagen-Gesetz u. U. Schluß: 5¹/₂ Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Wahnungen an die Beamten, von ihrem Vereinigungsrecht nur so weit Gebrauch zu machen, als es der Regierung genehm ist, erklärt wieder einmal offiziös die „Nordd. Allgem. Ztg.“ Der neue Ukas knüpft an die jüngst im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Warnung an, die wir unlängst besprochen haben, und bezeichnet es als unabweißbare Pflicht der Regierung, „in einer Zeit, wo die Umsturzpartei an den Grundfesten des Staates und der Gesellschaft zu rütteln versuche“, die Beamten darauf hinzuweisen, daß „die Theilnahme an Vereinen nicht statthaft sei, welche sich in Widerspruch setzen mit den Pflichten

eines Beamten, und deren offizielle Organe sich einer ungehörigen und unzulässigen Sprache bedienen, die Unzufriedenheit schüren, das Vertrauen zu den Vorgesetzten untergraben und durch eine fortgesetzte Herabsetzung der Achtung vor den letzteren die Disziplin gefährden.“ Weiter heißt es:

Die Reichsregierung wie die preussische Staatsregierung ist davon überzeugt, daß die Beamtenchaft mit geringen Ausnahmen festhält an dem überlieferten Grundsatze der Treue, der unentwegten Nüchternheit der Disziplin; im Interesse der Beamtenchaft liegt es, diese Thatsache nicht durch das Angehörige Verhalten einiger Vereine und Vereinsorgane verdunkeln zu lassen. Das Ansehen der Vorgesetzten in dieser Richtung vorliegt, ist nicht zu leugnen. Die Reichs- und Staatsregierung geben sich der Erwartung hin, daß die jetzt erlassene Warnung und Mahnung ihre gute Wirkung nicht verfehlen wird. Erfüllt sich diese Erwartung nicht in allen in Betracht kommenden Fällen, so darf man sich abergenügt halten, daß man an zuständiger Stelle auch nicht vor einem energischen Eingreifen zurückschrecken wird, um die staatliche Autorität zur Geltung zu bringen.

Der Ukas ist, wie man sieht, Stummischer Geist, in Stummische Form gegossen.

Die Maßnahmen gegen die „Lentenoth“, die anknüpfend an den Antrag Gamp in längeren Verhandlungen einer Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses erörtert und beschlossene worden sind, kamen am Montag im Plenum zur Verhandlung. Die Kommission hat in Form einer langen Resolution zu 611 Vorschläge zur Abhilfe des Arbeitermangels auf dem Lande gemacht, welche größtenteils einen erzieherischen Charakter tragen. Ueber die einzelnen Punkte des Kommissionsbeschlusses wurde gesondert debattiert und bereits fünf Punkte erledigt. Die Freisinnige Volkspartei führte einen scharfen, aber angesichts der großen entgegenstehenden Mehrheit, der zumeist auch die Nationalliberalen beitraten, erfolglosen Kampf gegen die Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Gegen die Punkte 1 und 2: Einführung der Konzeptionspflicht für das Gewerbe der Gesindemakler und Stellenvermittler, Verbot dieses Gewerbes im Umherziehen u. s. w., Ersetzung des Kontraktbruchs durch Bestrafung der Verleitung dazu seitens der Arbeitgeber und Stellenvermittler, sowie der Arbeitgeber, welche wissentlich kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen, sprachen von der Freisinnigen Volkspartei die Abgg. Wintermeyer und Dr. Hirsch. Letzterer wies in einer Auseinandersetzung mit dem konservativen Abg. Frhr. von Richtigofen scharf die Insinuation des genannten Abgeordneten zurück, daß die freisinnige Presse die Schuld daran trage, daß das Rechtsbewußtsein unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung abgenommen habe. Die Kommissionsbeschlüsse beschlöße wurden noch durch die Annahme eines Antrags Szmulaverschärfst, wonach auch Arbeits- und Dienstgenossen wegen Verleitung zum Kontraktbruch bestraft werden sollen. Punkt 3 der Kommissionsbeschlüsse verlangt größere Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse bei Feststellung der Schulzeiten auf dem platten Lande (Halbtagsunterricht, Sommerschule, Ferienzeit), unter voller Wahrung der Ziele des Volksschulunterrichts. Gegen diesen Punkt stimmten auch die Nationalliberalen, nachdem ihr vom Abg. Dr. Sattler befürworteter Antrag statt „größere“ zu sagen „möglichste“ Berücksichtigung abgelehnt worden war. Abg. Kopsch von der Freisinnigen Volkspartei wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Vorschlag der Kommission, der nichts anderes bezweckt als eine Verkürzung der Schulzeit und damit Verenträchtigung der Bildung der ländlichen Jugend, um den Agrariern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Seine Ausführungen riefen auf der Rechten wahre Wuthausbrüche hervor, welche in der auf dieser Seite üblichen Weise durch Zwischenrufe und Lärm zum Ausdruck gebracht wurden. Besonders beteiligten sich die Herren v. Küller und v. Wappenheim dabei. Der Abgeordnete Freiherr v. Wappenheim fand es für angemessen, zu behaupten, daß für die „Schulmeister“ genug gethan sei. Dieses Wort spielte auch bei Herrn v. Wappenheim eine große Rolle. Das Stärkste leistete aber der Abgeordnete Pohl von der Freisinnigen Vereinigung, welcher erklärte, man könne eine Verkürzung der Schulzeit zu Gunsten der Landwirtschaft empfehlen! Punkt 4 und 5 der Kommissionsbeschlüsse (möglichste Verminderung von Beschäftigung von Arbeitern seitens der Staatsbetriebe während der Erntezeit, sowie überhaupt größere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Arbeiternot bei den vom Staate auszuföhrbaren Bauten; größere Rücksichtnahme beim Strafvolzug während der dringenden landwirtschaftlichen Arbeitszeiten, sowie die vermehrte Beschäftigung von Korrigenden und Strafgefangenen bei Meliorationsarbeiten) wurden nach kurzer Debatte angenommen und die Debatten dann auf Mittwoch vertagt.

Umgestaltung des Konsularwesens. Nach der „Röln. Ztg.“ beschäftigt sich die Regierung mit der Frage, in welcher Weise das deutsche Konsularwesen mit Verbesserungen ausgestattet werden könne, vielleicht nach der Richtung hin, daß die kaufmännische Tüchtigkeit der Konsulate gestärkt werde. Es werden zwei Vorschläge erwogen. Man denkt einerseits an kaufmännische Attaches, während man andererseits betont, man solle auf den Berufskonsul verzichten und angesehenen Kaufleute ernennen, denen man zur Besorgung der juristischen Bureaugeschäfte einen juristisch gebildeten Beamten beieigt.

In der Lentenothkommission des Abgeordnetenhauses berichtete ein Kommissionsmitglied eines Tages, daß in den Bahnhöfen der Eisenbahndirektion Danzig ein Plakat folgenden Inhaltes aushänge: „Männliche und weibliche Diensthofen und Arbeiter, Wirtschaftserinnen und Beamte erhalten jeder Zeit Stellung durch die amtliche

Zentralstelle, Berlin N., Schlegelstraße 33. Der Nachweis für Arbeiter und Gesinde ist kostenlos. Reisegeld bis zur Dienststelle wird gewährt. Die Entrüstung der agrarischen Mehrheit der Kommission war ob dieser Mitteilung groß und flugs wurde beantragt, die Regierung solle in Aussicht nehmen: „Maßnahmen zur Verhinderung der Anbringung von Plakaten, durch die Gesinde und Arbeiter veranlaßt werden, auswärtig Stellung zu suchen, auf den Eisenbahnhöfen.“ — Nun aber erhob sich ein Regierungsvertreter und erklärte, das Plakat sei auf Ansuchen der brandenburgischen Landwirtschaftskammer ausgehängt worden. Die Wirkung dieser Mitteilung war nach der „Tr. Btg.“ geradzuh verblüffend.

Die Polizei als Handlungsreisende des Unternehmertums. Es ist zwar leider nichts Neues, daß im Polizeistaat dem Unternehmertum gewissenhaft von der Polizei über alle wichtigen Vorgänge innerhalb der Arbeiter-Organisationen Bericht erstattet wird. Da aber unfremd Oberfeld der Parteiorgan zufällig ein solcher Bericht vorliegt, so wollen auch wir von ihm Notiz nehmen. Zu denjenigen Gewerkschaften, die in dieser Zeit einen erfreulichen Fortschritt nach der quantitativen wie nach der qualitativen Seite hin genommen haben, gehört auch die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbands in Remscheid. Am 15. April besaßte sich eine Mitglieder-Versammlung dieses Verbandes mit der Frage, wie die materielle Lage der Arbeiter dieses Berufes hier am Plage zu verbessern sei. Bereits am 21. April ist den Remscheider Unternehmern der Holzbranche über diese Versammlung folgender schriftliche Bericht zugegangen:

Ausgang
aus dem Bericht über die Versammlung der Holzarbeiter am 15. 4. 1899.

Noch führt aus, im Sommer dieses Jahres werden die Holzarbeiter wahrscheinlich in eine Lohnbewegung eintreten, er glaube, der Verein sei jetzt stark genug, um loszuschlagen zu können. Die Schreiner ständen hinter den Fabrikarbeitern weit zurück. Es wäre die höchste Zeit, daß man etwas unternehme, es sollen in jeder Werkstätte Fragebogen ausgegeben werden. Die Werkstätten verpflichtet, darin über den Zustand in ihrer Werkstätte wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Redner ist dafür, aber diese Angelegenheit schon heute zu beschließen; es wurde dann auch nach vorheriger Abstimmung ein diesbezüglicher Bescheid gefaßt. Zu diesem Zweck wird eine Kommission, bestehend aus 7 Mann, und zwar so gewählt, daß in jeder Werkstätte einer ist. Bei Sassenhausen wird Sorau, bei Mieser Mahel, bei Romberg Vanke, bei Schmidt Viester, bei Sander Henning, bei Behring Ders, bei Moll Engels gewählt. Die Werkstätte von de Werth und Tüchardt soll ganz besonders im Auge behalten werden.

Polizei-Verwaltung Remscheid, 21. 4. 1899.
Vorsteher des H. V.
dem Herrn . . . Hier
zur Kenntnisaufnahme zu überreichen.
F. W. Dr. Weiser,
Polizei-Inspektor.

Es braucht wohl weiter nicht hervorgehoben zu werden, daß die Polizei auch nicht das geringste gesetzliche Recht hat, den Unternehmern in der oben geschilderten Weise Zutrittsdienste zu leisten. Sie hat lediglich darauf zu achten, daß die von ihr überwachten Versammlungen den durch das Gesetz bedingten ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, nicht aber sich um Dinge zu kümmern, die sie gar nichts angehen.

Kleine politische Nachrichten. Der Seniorentenvent des Reichstages beschloß, als Vertretung zu der am Sonnabend Mittag stattfindenden Weihnachtsfeier für den früheren Reichstagspräsidenten v. Simson das Bureau des Reichstages zu entsenden. Nach jedem Mitgliede des Reichstages soll die Beteiligung freistehen. — Der Entwurf einer Chefordnung (Postvermittlung des Chekverkehrs) soll nach Mitteilung des Herrn v. Bobbertal noch in dieser Session eingebracht werden. — Die Fleischschau-Kommission hat am Mittwoch den 5. über die Fleischschauangelegenheiten unter Annahme eines Antrages berichtet, wonach der Absatz 3 statt: „Zu Fleischwaren sind thierärztlich approbierte Thierärzte zu bestellen“ fortan lautet: „Zu Fleischwaren sind approbierte Thierärzte oder andere Personen, welche genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, zu bestellen.“ — Die erste Lesung des Hypothekeneinkaufsgesetzesentwurfes wurde in der Kommission des Reichstages am Mittwoch erledigt. Die zweite Lesung soll am Mittwoch nächster Woche beginnen. — Die Postkommission des Reichstages nahm die Vorschläge der Subkommission für den Zeitungstaxi entgegen. Danach beträgt die Zeitungsgebühr 1) 3 Pfg. für jeden Monat Bezugszeit, 2) 15 Pfg. jährlich für wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen, sowie 15 Pfg. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche, 3) 10 Pfg. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts unter Gewährung eines Freigewichts von 1 Kilogramm für jedes wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen. Nach längerer Debatte wurden die Vorschläge der Subkommission mit großer Mehrheit angenommen, dagegen stimmten nur die Abg. Pachnicke (Pfg.) und Dabach (C.). Damit ist die erste Lesung der Postnovelle beendet. — Aus Madrid wird gemeldet: Der neuwählig im Theater verhaftete Thierarzt Chamot wurde nach dem Verhör wieder in Freiheit gesetzt. Danach muß sich also nicht haben nachweisen lassen, daß Chamot irgend etwas gegen die Königin-Regentin geplant hat. Die Arbeit der Schergen war umsonst. — In Ubelade (Australien) fanden Sonnabend die allgemeinen Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung statt. Das Ergebnis ist noch nicht vollständig bekannt. So viel steht fest, daß die Arbeiterpartei ihre bisherige Stärke behalten hat. Auch das Resultat des Bundesreferendums liegt zur Zeit noch nicht vollständig vor, wahrscheinlich aber ist es günstig ausgefallen.

Frankreich.

Der Wiederzusammentritt der Kammer am Dienstag hat sich in Ruhe vollzogen. Präsident Deschanel brachte zahlreiche Anträge und Interpellationen zur Verlesung. Ministerpräsident Dupuy hat, die Besprechung aller auf die Dreyfus-Angelegenheit bezüglichen Interpellationen bis nach der Fällung des Spruches des Kassationshofes zu vertagen. Nach einigen Bemerkungen Viviani's (S.D.), welcher an den Ministerpräsidenten die Anfrage richtete, ob er eine Untersuchung über die Unterschlagung gewisser Aktensätze angeordnet habe und ob er bereit sei, sogleich nach der Entscheidung des Kassationshofes Maßnahmen gegen alle kompromittierten Persönlichkeiten zu ergreifen, welches auch

langer die Rang und die Stellung derselben sein möge, nahm die Kammer Dupuy's Vorschlag an.

Italien.

Eine Ministerkrise ist infolge der Kammerdebatten über die Chinapolitik des derzeitigen Kabinetts ausgebrochen. Der Minister des Auswärtigen Canevaro suchte in der Verantwortung der China-Interpellation die Verantwortung für die italienische Chinapolitik von sich abzuwälzen und auf seinen Amtsvorgänger zu schieben. Das gelang ihm nicht, und um einer völligen Niederlage auszuweichen, reichte Pelloux Wittmoß die Demission des ganzen Kabinetts ein. Es verlautet, der König werde Pelloux mit der Reorganisation des Kabinetts beauftragen. Nur Canevaro solle durch Visconti Venosta ersetzt werden.

Rußland.

Über die innere Lage Rußlands finden wir in einem Petersburger Briefe des „Gann. Couc.“ folgende Schilderung:

Im russischen Reich ist gegenwärtig überall eine ungewöhnliche Währung wahrnehmbar. Sie ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit, die in weiten Kreisen Rußlands über die inneren Verhältnisse des Landes herrscht, und von der daher die russische Regierung höchst unangenehm berührt wird. Eine Erklärung dafür ist schwer zu finden. Die Reaktionen sind in dem Reichum beschränkt, daß sich die große Masse noch immer auf demselben niedrigen Kulturstandpunkte wie vor 50 Jahren befindet und ebenso leicht wie früher zu leiten ist. Als Bemerkung der Regierung, das Eindringen der westeuropäischen Ideen in Rußland zu verhindern, war aber vergeblich, und die Ideen fielen hier auf einen guten Boden. Trotzdem die realistischen Blätter versichern, daß Rußland kein Glück der Selbstherrlichkeit zu danken hat, ist dem aufgeregten Russen klar geworden, daß sich Rußland entscheiden in einem wirtschaftlichen Rückgang befindet. Das Budget wächst unaußerordentlich — aber ebenso die Armut der Bevölkerung, und daß jährlich Millionen von Russen hungern, gehört jetzt nicht zur Ausnahme, sondern zur Regel. Es gab früher Zeiten, wo der intelligente Teil seiner Unzufriedenheit Ausdruck gab, ohne in der großen Masse Unterstützung zu finden, und es gab andere Zeiten, wo sich die untere Bevölkerung äußerte, ohne daß sich der intelligente Teil darum kümmerte. Jetzt haben sich die Dinge sehr geändert. Die sogenannte „Studentenbewegung“ ist in Wirklichkeit ein Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit, der in allen intelligenten Kreisen Rußlands herrscht, was daraus hervorgeht, daß die Haltung der Studenten auch von solchen intelligenten Leuten, die der Studentenwelt fern stehen, gebilligt wird. Gleichgültig geht es auch in der unteren Bevölkerung. In vielen Gebieten Rußlands, nicht bloß in den 14 großen Provinzen, in denen der Tod eine reiche Ernte unter den Hungertoten hat, ist es zu blutigem Aufstand gekommen, der vom Militär schnell unterdrückt wurde. In ihrem Schreden erdachten jetzt die Behörden auch noch, daß schon Hunderttausende von Arbeitern einer sozialdemokratischen Organisation angehören und gerade dadurch im Stande gewesen sind, sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen; weder Drohungen noch Strafen verhindern diese Organisation, sich über das ganze Land auszudehnen. Alles in Allem genommen, erscheint gegenwärtig in Rußland der Boden für revolutionäre Bestrebungen besser denn je vorbereitet.

Aus dem Reich der Kaute. Wie im vorigen, so suchte auch in diesem Jahre die russische Regierung durch Massenverhaftungen die Feier des 1. Mai zu verhindern. Am 12. April wurden in Hommel (Gouvernement Woiwodschaft) 8 Personen der intelligenten Kreise und 7 Arbeiter verhaftet. Außerdem wurden dreißig Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Gendarmerie war zu diesem Zwecke extra aus Kiew abgeordnet worden. Man suchte nach einer Gebrüderdruckerei, konnte indes nichts finden. Am Tage nach den Verhaftungen wurde ein Aufruf an die Arbeiter veröffentlicht, der in der geheimen russischen Druckerei hergestellt war.

In Warschau veranstalteten, wie man dem „Berl. Tagebl.“ meldet, Sonntag Abend einige tausend Arbeiter und Studenten gelegentlich der Maiseier Straßendemonstrationen, wurden jedoch von Gendarmen und Kosaken umzingelt, 500 Demonstranten wurden arretiert.

Lübeck und Nachbargebiete.

4. Mai.

Achtung, Metallarbeiter!

Zuzug von Handwerkern und Arbeitern aller Branchen nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die heutigen Verhandlungen, welche am Vormittag stattfanden, verliefen resultatlos.

Die Aussperrung der Maidemonstranten hat gestern zu Unterhandlungen zwischen den beteiligten Parteien geführt. Eine Einigung ist einstweilen nur bei der Firma G. Scharffe erzielt worden. Nach den Angaben der Kommission hat die Firma die Lohn- und Ausschlagforderungen und Bezahlung eines halben Tagelohnes für den Tag der Aussperrung bewilligt. Daraufhin ist unter Zustimmung der übrigen Aussperrten in diesem Betriebe die Arbeit heute Morgen ohne Maßregelung und im vollen Umfange wieder aufgenommen. Am wenigsten entgegenkommend verhielt sich die Firma Ewers u. Miesner. Verhandlungen mit der Kommission wurden abgelehnt, man wollte nur mit „selben“ Worten reden. Dem Arbeiteranschuß wurde erklärt, daß Maßregelungen nicht erfolgen würden. Ueberstanden mit 50 Pct. Aufschlag zu bezahlen, wurde verweigert, da man „Zoffeinh“ der Ueberarbeit sei und sie stets vermeide. Da nach letzterer Erklärung die Arbeiter weitere Forderungen nicht hatten, vielmehr es ihnen überlassen bleiben muß, die Firma zur Haltung des gegebenen Wortes und zur Respektierung der „Zoffeinhalt“ zu bewegen, so wurde auch für diesen Betrieb Wiederaufnahme der Arbeit mit dem heutigen Tage beschlossen. Die Firma scheint jedoch an weiterer Arbeitsruhe Gefallen zu finden, denn die Fabrik blieb geschlossen. Mit der Maschinenbau-Gesellschaft und der Firma Schetelig

n. Rold ist ein definitives Resultat noch nicht erzielt worden, obwohl ein Entgegenkommen von beiden Betrieben nicht zu verkennen ist. Herr Direktor Bernhard von der Maschinenbau-Gesellschaft hatte nach Angabe der Kommission gegen die Forderungen, die sich auch auf Minderung der Lohnzahlung nach dem Muster der Koch'schen Werst erstrecken, nur insoweit etwas einzuwenden, als er die Ueberstundenabgeltung nicht gutheißen wollte. Schetelig u. Rold haben gleichfalls ihre Bereitwilligkeit zur Einigung zu erkennen, ein positiver Beschluß war jedoch nicht erhältlich. Für die letztgenannten beiden Betriebe lautete demgemäß der Beschluß der gestrigen Versammlung der Aussperrten (selbstverständlich wurde nur von den einzelnen Betrieben abgestimmt) auf Arbeitsruhe bis zur endgültigen Regelung der Sache. Die Form der Forderungen war getreu auf Grund ihrer speziellen Forderungen bei den beteiligten drei Firmen vorstellig. Die gestrige Nachmittag vom Verein der Metallindustriellen erteilte Antwort befreit den Zusammenhang zwischen der Doppelmaiseier und den gestellten Forderungen, lehnt letztere rundweg ab und erklärt, daß das Arbeitsverhältnis nicht zur Arbeit zurückzuführen, als gelöst werde betrachtet werden. Daraufhin haben die Formier gestern mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, in den Streit einzutreten. Heute finden erneute Verhandlungen statt. Interessant ist, daß die Fabrikanten behaupten, die Polizeibeamten wären am Dienstag Morgen nicht auf ihrem Wunsch vor die Fabriken gestellt. Sonderbar, höchst sonderbar!

Die Berechtigung der Aussperrung kann nach dem Amtsblatte nur geübt werden von Denjenigen, die dem Arbeitgeber nur Pflichten auferlegt, dem Arbeiter allein Rechte eingeräumt wissen wollen. Solche Leute giebt es wohl kaum. Nun ist ein solcher Handlanger noch nicht über den Weg gefahren. Was aber von den Fabrikanten verlangt werden konnte, das war, daß sie die Feier am 2. Mai den Arbeitern in ebenso anständiger Weise ankündigten, wie diese ihnen die Feier am 1. Mai. Daß sie in der Form selbstgegriffen, ja daß sie zum Theil eine Rechtsansprüche begründende Form gewählt haben, können sie garnicht in Abrede stellen. Wenn das Amtsblatt die nichterne Konstatierung dieser Thatsachen als „Ausfälle“ bezeichnet, so beweist es, daß es ihm auf eine Handvoll Verdrehungen nicht ankommt.

Die „Eisenbahn-Zeitung“ will wissen, daß die Forderungen der Formier schon vor der Maiseier beschlossen seien. Das Blatt ist entweder falsch unterrichtet oder es hat seiner Phantasie die Zügel stark schießen lassen. Wir wissen, daß obiges nicht der Fall ist!

Herr Direktor Bernhard hat in der gestrigen Verhandlung mit der Kommission die Maiseier als ein Werk von Hebern und Agitatoren hingestellt. Die gestrige Versammlung der Aussperrten nahm einstimmig und ohne Debatte eine Resolution an, in der gegen diese Unterstellung energisch Protest erhoben und erklärt wird, daß die Arbeiter völlig selbstständig vorgegangen seien und vorgehen würden. Herr Bernhard, der mit dem üblichen Mannesmut nicht erklärt hat, wer denn jene Leute seien, mag sich diese Antwort an den Spiegel stecken. Er sollte doch aus der Erfahrung wissen, daß er mit Männern und nicht mit Waschlapen zu thun hat. In Wirklichkeit hat es nirgends einer Einwirkung bedurft. Der Punkt „Maiseier“ wurde in fast allen Gewerkschaften debattelos durch einfache Abstimmung erledigt.

Die politische Organisation der deutschen Socialdemokratie ist nach Meinung des Amtsblattes „vermuthlich eine sehr schwache“, weil der „Vorwärts“ in einer die Stärke der Arbeiterorganisationen betreffenden Statistik ihre Mitgliederzahl nicht angegeben hat. Welche naive Vermuthung, die zudem in dem albernem Schluß auf die Zahl der „Mittläufer“ gipfelt! Wie stark ist denn die politische Organisation der nationalliberalen Partei in Verhältnis zur Zahl der für diese abgegebenen Stimmen? In Lübeck zählt der sozialdemokratische Verein seit Jahren weit über 1000 Mitglieder. Wieviele hat der Reichsverein denn? Wenn doch gewisse Know-nothings vor ihrer eigenen Thür segnen und nicht auf jede Schweinerei hineinfallen wollten! Wir wissen ohnehin schon, daß bei einer gewissen Sorte Journalisten Unverfrorenheit und Unwissenheit Hand in Hand gehen, und verlangen die Befestigung gar nicht täglich schwarz auf weiß, ja, wir sind zuvorkommend und höflich genug, die Zustände im Reichsverein nicht zu einem Schlusse auf die nationalliberalen Mittläufer auszunutzen.

Die Differenzen mit der Brauerei zur Walkmühle (Inhaber H. Lüch) sind beigelegt, indem die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden. Der zehntägige Arbeitstag ist auch für die außerhalb der Brauerei beschäftigten Arbeiter eingeführt. Im Flaschenkeller tritt die Menerung mit Fertigstellung der Einrichtungen ein, welche geplant sind.

Für den Militarismus. Infolge der durch Einberufung der Uebungsmannschaften im Mai und August v. J. nöthig gewordenen Ausquartirungen von Mannschaften des hiesigen Regiments haben der Einquartirungsbehörde 3300 Mk. nachbewilligt werden müssen.

Dem Finanzdepartement genehmigte der Bürgerausschuß eine Nachbewilligung von 2800,17 Mk. für Haus-, Ausdrückungs-, Kultur-, Unterhaltungs- und Verwaltungskosten für den Bezirk Israelsdorf.

Für Gasglühlichtbeleuchtung in der Friedrich Wilhelmstraße, Brehmerstraße, Bieskowstraße, Gartenstraße und Humboldtstraße wurden der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeinbeanstalten 2500 Mk. zur Verfügung gestellt.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Die Frage der Regelung der Arbeitsvermittlung hat eine neue Schrift rechtzeitig, die unter dem Titel „Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis“ erschienen ist. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ widmet der Schrift nachstehende Kritik, die sich mit unseren Anschauungen vollständig deckt. Wir lesen da: Die Schrift enthält so ziemlich alle Momente, die für die Frage in Betracht kommen. Der Verfasser kommt zu folgendem Schluss:

„Hätten wir unsere bisherigen Ausführungen noch einmal in Kürze zusammen, so ergiebt sich, daß die Arbeiterklasse im Interesse einer Arbeitsmarktberichterstattung und im Interesse eines neutralen Arbeitsnachweises, dem die Arbeitsvermittlung selbst Zweck ist, Arbeitsnachweise als eine Einrichtung der öffentlichen, kommunalen resp. staatlichen Verwaltung anstreben müssen. An der Leitung dieser Nachweise sind die Arbeiter paritätisch gleich den Arbeitgebern zu betheiligen; die Verwaltung selbst geschieht unentgeltlich auf Kosten der Kommune. Die Zentralisierung ist Sache des Staates resp. des Reichs und läuft in die Spitze eines Reichsarchivs ein.“

Der Verfasser kritisiert an diesen keinen Vorschlag keine weiteren Bedingungen, als die der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er läßt in seiner Begründung die Streitfrage fallen, macht nicht als Voraussetzung für ein gutes Funktionieren des städtischen Arbeitsnachweises die Aufstellung eines aus Arbeitertreuen hervorgegangenen Verwaltungsrates geltend. Es mag die letztere Bedingung von ihm als selbstverständlich angesehen werden, wie auch die weitere Bedingung des Bestehens guter Gewerkschaftsorganisationen. Es ist, wie schon bemerkt, in der Schrift Alles herangezogen, was für oder gegen den Standpunkt des Verfassers sprechen könnte. Nur eines, und nach unserer Meinung das Wichtigste, fehlt, nämlich der Hinweis darauf, daß die Arbeiter den Arbeitsnachweis nicht aus dem Grunde in Händen haben wollen, um mit ihm oder durch ihn bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern um die erlängten Bedingungen zu erhalten. Die Bezeichnung des Arbeitsnachweises als Kampfmittel trifft deshalb wohl nicht das Richtige, wenn sie auch den Vorzug der Kürze hat. Die Arbeiter werden bei ihrer Stellungnahme von äußerer realer Gesichtspunkte geleitet und wird bei ihnen viel weniger Werth auf die theoretische Erörterung der Sache gelegt.

Geht man allerdings von dem Gesichtspunkte aus, den der Verfasser der Schrift als Ausgangspunkt seiner Erörterungen nimmt, so kann man auch zu seinen Schlussfolgerungen kommen. Er betrachtet den Arbeitsmarkt als im gleichen Verhältnis mit dem Warenmarkt stehend und ist der Ansicht, daß, wie für diesen ein gesetzliches Rechtsverhältnis der Neutralität im Laufe der Zeit geschaffen ist, auch für den Arbeitsmarkt die erste rechtliche Anforderung die Neutralität ist. Es erübrigt sich wohl, an dieser Stelle darauf einzugehen, daß die Waare Arbeitskraft nicht ohne Weiteres mit anderen Waaren verglichen werden kann, weil die von dem Arbeiter zu verkaufende Waare Arbeitskraft von der Person des Verkäufers nicht zu trennen ist. Wird sie auch gegen bestimmtes Entgelt veräußert, so ragt sie über die Waaren im gewöhnlichen Sinne ebenso hinaus, wie auch diese einen Unterschied unter sich aufweisen. Doch wenn wir das Wort von der Waare Arbeitskraft in seinem einfachen Sinne auffassen, so ist doch der Verfasser im Irrthum, wenn er meint, daß der Arbeitsmarkt nicht künstlich beeinflusst werden kann. Er sagt Seite 62 seiner Schrift:

„Gewiß kann man nicht künstlich das Arbeiterangebot beschränken, aber durch eine geschickte Thätigkeit der organisierten Arbeiter können allzu nachtheilige Situationen auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden.“

Wir sind dagegen der Meinung, daß der Arbeitsmarkt ebenso künstlich beeinflusst werden kann, wie der allgemeine

*) Richard Colwer. „Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis“. Verlag von F. H. W. Diez. Stuttgart. Preis 30 Pf.

Warenmarkt. Durch Vereinigung der Unternehmer zu einem Trust oder Ring ist es möglich, die von den vereinigten Unternehmern produzierten Waaren zeitweise von dem Markt fern zu halten oder in so geringem Quantum dem Markt zuzuführen, daß eine Preissteigerung der betreffenden Waaren eintritt. Genau so liegen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaftsorganisation kann durch Zurückhalten der Arbeitskräfte vom Markt den Preis der Waare Arbeitskraft auf einer bestimmten Höhe erhalten. Diese Beeinflussung des Marktes findet bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern ihre Grenze an der finanziellen Leistungsfähigkeit. Melchen die Kapitalisten der Unternehmervereinigung nicht zu, sind die Mittel der Gewerkschaften, die zur Unterhaltung der Arbeitslosen verwandt werden können, erschöpft, so wird die Beeinflussung des Marktes aufgegeben werden müssen, ehe der Zweck erreicht ist. Durch die ganze Geschichte der Entwicklung der Produktion zieht sich diese Einwirkung auf den Warenmarkt durch die Organisationen der betheiligten Kreise.

Dem gegenüber läßt sich einwenden, daß die Gewerkschaften den Arbeitsmarkt beeinflussen können, auch wenn die Arbeitsvermittlung sich nicht in ihren Händen befindet, wenn sie stark genug sind. Ja, wenn! Die Gewerkschaftsbewegung konzentriert sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern auf bestimmte Landesgebiete, insbesondere auf die industriereichen größeren Städte. Hier vermag sie einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben. Sind diese durch einen Streit verbessert, so werden doch immer einige Unternehmer zurückbleiben, welche die allgemeinen anerkannten Bedingungen nicht anerkennen werden. Von diesen wird die Gewerkschaft die Arbeitskräfte fern zu halten suchen. Ein Arbeitsnachweis, der Neutralität zu üben hat, wird unbestimmt um diese Verhältnisse auch den Arbeitgebern Arbeitskräfte nachweisen und nachweisen müssen, welchen die Gewerkschaft solche vorenthalten. Dies würde weniger von Bedeutung bei den am Orte ansässigen Arbeitskräften sein, denn es ist Sache der Gewerkschaft, auf diese Einflüsse auszuüben, als vielmehr bei den von anderen Orten kommenden, die Verhältnisse und vielleicht auch die Erteilung der Gewerkschaftsorganisation nicht kennenden Arbeiter. Sollen die Gewerkschaften nun die Hand dazu bieten, sogenannte neutrale Arbeitsnachweise zu errichten und auszugestalten, damit diese den Arbeitgebern, welche die all-gemein vereinbarten Lohn und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen, Arbeitskräfte zuweisen? Die Folge wäre, daß bald auch andere Arbeitgeber dem schlechten Beispiele folgen und auch Arbeitskräfte zu niedrigeren Arbeitsbedingungen, als sie vereinbart sind, anstellen würden. Solche erhalten sie von dem neutralen Arbeitsnachweis. Das ist es, was die Gewerkschaften gegen die neutralen kommunalen Arbeitsnachweise einzuwenden haben.

Noch weniger Aussicht auf Erfolg ist bei den paritätischen Arbeitsnachweisen. Diese sehen, wenn sie zu irgend welcher Bedeutung gelangen sollen, eine Tarifgemeinschaft, oder richtiger, zwischen den Organisationen der Arbeiter oder Arbeitgeber getroffene Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen voraus. Bestehen solche Vereinbarungen, so werden auch die am Arbeitsnachweis betheiligten Arbeitgeber aus Eigeninteresse dafür eintreten, daß den widerstrebenden Arbeitgebern die Arbeitskräfte vorenthalten werden. Bestehen sie nicht, so werden die Arbeitgeber im Eigeninteresse dafür sein, daß allen Arbeitgebern Arbeiter zugewiesen werden. Dann aber geht die Parität einfach in die Brüche. Ueber die Unternehmerarbeitsnachweise erübrigt sich wohl, hier viele Worte zu verlieren. Sie haben nicht den Zweck, den Verkauf der Waare Arbeitskraft zu vermitteln, sondern die Wirkung der Gewerkschaften aufzuheben und Gewerkschaftsmitglieder zu mahregeln, und werden von den Gewerkschaften deswegen rundweg abgelehnt. Die Mehrheit der Gewerkschaften steht auf dem Standpunkte, daß kommunale Arbeitsnachweise, deren Verwaltung der Arbeiterorganisationen übertragen wird, die richtigste Lösung der schweben-

den Frage bringen werden. Sie sehen eine solche Lösung nicht in den kommunalen Arbeitsnachweisen unter Verwaltung durch einen städtischen Beamten und nicht in den paritätischen Arbeitsnachweisen.

Der Verfasser der Schrift nimmt für sich in Anspruch, daß sein Standpunkt übereinstimmend ist mit dem der sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten, und führt an, daß der Abgeordnete Wurm am 19. Januar 1899 bezüglich eines von freisinnig-nationalliberalen Vertretern eingebrachten Antrages, der die Förderung der öffentlichen Arbeitsnachweise durch das Reich bezweckt, gesagt hat:

„Dem gegenüber ist nun der Antrag, der von Seiten der Herren Rösche und Dr. Baehne gekommen ist, sehr zu begrüßen und wir stehen demselben auch sympathisch gegenüber, weil er die Absicht hat, durchzuführen, daß die Arbeitsnachweise unparteiisch im Deutschen Reich geführt werden, nicht als Machtmittel ausgenutzt werden könnten, und daß dadurch dem Arbeiter die Möglichkeit geboten wird, die schreckliche Arbeitslosigkeit leichter zu überwinden, als es sonst der Fall ist.“

Der Standpunkt ist wohlmeinend und theoretisch wohl begründet, in der Praxis aber kann er kaum zur Verwirklichung gelangen. Die Gewerkschaften können an einzelnen Orten und in einzelnen Verufen aus praktischen Gründen zur Betheiligung an den heutigen kommunalen oder paritätischen Arbeitsnachweisen sich bereit erklären, nicht aber können sie diese Einrichtungen in ihrer heutigen Form als die richtigen anerkennen.

Die den Wünschen der Arbeiter entsprechende Regelung der Arbeitsvermittlung wird davon abhängen, ob die Gewerkschaften eine genügende Stärke erlangen, um den Arbeitsmarkt zu ihren Gunsten beeinflussen zu können. Davon ist auch abhängig, ob der schädigende Einfluß der Unternehmerarbeitsnachweise gebrochen werden kann. Alle theoretischen Erörterungen werden hieran nichts zu ändern vermögen. Wir konnten aus der Schrift nur einige Sätze, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, bringen, haben jedoch versucht, den prinzipiellen Standpunkt des Verfassers darzulegen, wobei nicht unterbleiben konnte, unseren abweichenden Standpunkt darzutun. Jedenfalls ist es notwendig, daß diejenigen, welche sich ein Urtheil in der Frage bilden wollen, die Schrift in ihrem Zusammenhang lesen.

Soziales und Parteileben.

Ausgesperrt wurden in Berlin alle Holzarbeiter, welche sich an der Maiseier betheiligten hatten.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Tischler Erfurt befinden sich jetzt vier Wochen im Lohnkampf. Immer noch erklären die Unternehmer es aus wirtschaftlichen Gründen für unmöglich, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen. Trotzdem suchen die Unternehmer in den Zeitungen Tischler bei 35 bis 45 Pfennig Stundenlohn. Bisher 35 Pf. pro Stunde der höchste Verdienst. Wäre es den Unternehmern Ernst, die angegebenen Löhne zu zahlen, dann hätten sie keine Veranlassung, in auswärtigen Zeitungen Tischler zu suchen, dann gäbe es in Erfurt deren genug. Die Annoncen Erfurter Firmen sind mit der größten Vorsicht aufzunehmen, wenn sich Reflektanten vor Enttäuschungen bewahren und den Erfurter Tischlern den Kampf nicht erschweren wollen. — In Stuttgart sind die Möbel-tischler in eine Lohnbewegung zwecks Eringung der neunstündigen Arbeitszeit eingetreten. — Der Streik der Fürther Holzarbeiter bietet ein erfreuliches Bild in Bezug auf das Zusammenhalten der Arbeiter. Nicht allein, daß von den leistungsfähigen Arbeitern kein Streikbrecher zu verzeichnen ist, es ist auch in Zukunft ausgeschlossen, daß einer zum Judas wird. An diesem Zusammenhalten ist in erster Linie das ausgeprägte Solidaritätsgefühl, in zweiter der Umstand schuld, daß der Streik von den Unternehmern an den Haaren herbeigezogen wurde. — Sämtliche Bildhauer der Möbel- und Galanteriebranche in Nürnberg haben an die Unternehmer die

ante ein. Er führte darin dieselben Gründe an, welche er dem Taras mitgeteilt, und erbat, gleich den Klägern, die Abwendung einer gerichtlichen Kommission zur Vernehmung von Zeugen.

Der Anwalt des Taras las die Schrift mit Erstaunen. Er hatte jenen Antrag gestellt, weil die eidliche Aussage der Bauern das einzige Rechtsmittel war, um erweisen zu können, daß in der That vor fünfzehn Jahren eine Verletzung des Grenzkreuzes stattgefunden. War dem nun wirklich so, dann gebot dem Mandatar sein Interesse, diese Vernehmung zu vereiteln, den Prozeß durchwegs schriftlich zu führen und sich bloß darauf zu berufen, daß die Gutsbeschreibung und der Augenschein für ihn sprächen. Was konnte ihn nun bewegen, jenes Mittel zu begehren, welches er verhitzen mußte? Jenseitlich grübelte der Anwalt darüber nach. „Hajet handelt unsinnig“, dachte er, „wenn er nicht wirklich im Rechte ist oder wenn er nicht etwa die Zeugen bestochen hat!“ Aber beide Vermuthungen schienen ihm gleich unwahrscheinlich; gegen die erste sprach die Feierlichkeit, erschütternde Art, in welcher der Richter seine Hilfe angerufen; gegen die zweite die Achtung, welche sich Hajet in der Kreisstadt erworben. Denn hier mußte man ja nichts von seinen Pariser Freuden und Leiden; er galt als liebenswürdiger, gebildeter Mann von achtungswerthem Charakter.

Das Gericht willfahrte natürlich dem Begehren beider Parteien. Derselbe Kommissar, der im Mai den Kriminalfall in Zulawce so trefflich entschied, wurde nun im September als Zivilrichter hingewendet. „Untersuchen Sie die Sache recht gründlich!“ trug ihm der Kreishauptmann auf. „Vernehmen Sie sämtliche Zeugen, welche die Parteien führen, reden Sie den Leuten erst in's Gewissen! Noch einmal, Herr Kapronski, nehmen Sie sich Zeit und fürchten Sie sich nicht!“

Der Kommissar verbeugte sich ehrfurchtsvoll und ging dann lächelnd zum Wagen. „Der alte Omerkopf!“ murmelte

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Wieder ritt er zur Stadt; wieder suchte er den Kreishauptmann auf. Aber diesmal wies ihn der Beamte kurzweg ab. „Geh' zum Advokaten!“ rief er. „Das Amt hat seine Pflicht gethan!“

„Das verstehe ich nicht“, erwiderte Taras bescheiden, aber fest. „Ich will unser Recht, und der Herr Kaiser hat Dich ja hiehergeschickt, das Recht zu wahren!“

„Dummkopf!“ branste der alte Brummbar auf. Aber im selben Augenblicke reichte ihm das heftige Wort. Er erhob sich, trat auf Taras zu und legte ihm die Hand auf die Schulter. „Ich will es Dir erklären!“ sagte er nachdrücklich.

„Wenn Du den Mandatar erschießest, oder der Mandatar Dich, so geht das uns an, auch wenn Niemand gegen Dich oder ihn Klage führt. Das ist ein Verbrechen. Wenn Ihr hingegen behauptet, daß ein Acker, welchen der Graf besitzt, Euer Eigenthum ist, so geht das uns nur dann an, wenn Ihr die Klage einbringt. Das ist eine Streitsache. Also — geh' zum Advokaten und laß' Dir die Klage machen. Versteht Du mich nun?“

„Nein“, erwiderte Taras. „Recht bleibt Recht, ob es nun um Leben oder Eigenthum geht. Der Gemeinde-Acker ist der Gemeinde so heilig, wie mir mein Leben! Auf Recht ist die Welt gebaut; wer Unrecht thut, stürzt die Weltordnung um! Und das sollte dem Kaiser und seine Schreiber nicht kümmern?“

„Ach ja!“ seufzte der Beamte. „was sag' ich immer! — Ueber Dirnecht in Wien, als Kreishauptmann in Galizien! Ihr seid ja Wilde, Ihr habt ja gar kein Rechtsgefühl! Aber mit Dir wenigstens will ich mich nicht ärgern! Geh' mit Gott!“

Taras that, wie ihm geheßen. Als er draußen vor

der Thür stand, überkam ihn das Weh der Enttäuschung, der ohnmächtigen Empörung so heftig, daß er alle Kraft zusammennehmen mußte, um nicht aufzuschreien wie ein verwundetes Thier.

Dann aber faßte er sich wieder und erfragte das Haus des einzigen Advokaten der Kreisstadt. Er hieß Dr. Eugen Starkowski. Der kluge Mann erfaßte den Sachverhalt rasch und schüttelte das Haupt.

„Es war unvorsichtig“, meinte er, „ein Grenzzeichen zu verrücken! Uebrigens, ich will mein Möglichstes thun!“

„Wann kann eine Entscheidung kommen?“

„Frühstens im Herbst.“

„So spät?“ rief Taras erschreckt.

„Wahrscheinlich noch später!“ meinte der Advokat. „Es liegt nicht an mir, aber die Herren beim Gerichte pflegen es sich gerne bequem zu machen!“

„Bequem zu machen!“ wiederholte Taras mechanisch und starrte ihn an, fassungslos vor Erstaunen. „Bequem zu machen!“ rief er noch einmal, aber diesmal wild und laut.

„O Herr, das ist nicht gut! Das Recht sollte so allgemein und leicht erreichbar sein, wie Luft und Wasser! Denn bitterer als das Dürsten fällt es dem Menschen, wenn er nach dem Rechte lechzen muß!“

Der Anwalt blickte ihm prüfend in's Auge, zuerst lächelnd, dann mit warmer Theilnahme. „Noch einmal“, versprach er, „ich werde mein Möglichstes thun!“ Es klang diesmal anders als früher.

In der That bot er seinen ganzen Einfluß auf, die Sache zu beschleunigen. Während sonst in der Regel ein halbes Jahr verging, ehe das Gericht der Gegenpartei die Klage behändigte, erhielt Herr Hajet dieselbe nach wenigen Tagen. Aber nun stand ihm die Frist dreier Monate offen, die Einrede einzubringen, und er machte vollen Gebrauch von dieser Frist. Wozu er dieselbe nützte, sollte den armen Bauern später klar werden. Erst am letzten Tage, der ihm noch hiesig gegönnt war, reichte er seine Schrift beim Kreis-

Forderung gestellt, eine 10-15prozentige Lohnerhöhung einzutreten zu lassen. — Unter den Metallarbeitern der Wagen- und Maschinenfabrik von E. Braun u. Sohn in Torgau sind Differenzen ausgebrochen. — Die Stellmacher der Uhder'schen Wagenfabrik in Halle a. S. streiken. — In Folge der Ablehnung des 10-Stundentages haben über 10 000 Arbeiter nahezu sämtlicher Textilfabriken in Preußen die Arbeit eingestellt. — In Gent sind die Holzauflader und alle im Tagelohn stehenden Kanal- und Dockarbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern 50 Cent Lohnerhöhung. Der Streik im belgischen Kohlenrevier ist fast allgemein. Man zählt in Charleroi etwa 26 000, im Centrum 20 000, in Mons ebenfalls 20 000 und in Lüttich über 10 000 Streikende.

Zur Stellenvermittlung bei den Bühnen. 24 Mitglieder von Theater-Agenturen beschloffen, mit dem 1. Mai den Provisionsstarke ausschließliche anzuwenden, der von der Regierung der Agentenfrage von der Genossenschaft deutscher Bühnengeschäftiger eingesetzten Kommission festgestellt wurde.

Bei einem Grubenarbeiterausstand in dem Copvalens-Grubendistrikt in dem Unionsstaat Idaho kam es — so meldet ein offizielles Telegramm — am Sonntag zu blutigen Zusammenstößen. In Wardner trafen mehrere hundert Mitglieder der Arbeiter Union ein und brachten Sprengpulver mit. Sie zerstörten eine Mühle und andere Gebäude. Der Schaden wird auf 250 000 Dollars veranschlagt. Infolge eines Mißverständnisses schossen die Ausständigen auf ihre eigenen Leute, wobei einer getödtet und einer verwundet wurde.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Das Weiße gesucht hat der Besitzer der „Wochensche Linsenstadt“ in Berlin. Er ist seit Montag mit seiner Geliebten flüchtig, da er etwa 100 000 Mark Differenzen nicht bezahlen konnte. — In Eisenach wird ein Leichenverbrennungs-Ofen errichtet werden, nachdem die Hindernisse, die die Kirchenverwaltung dem gemeinnützigen Plan in den Weg gesetzt hat, beseitigt sind. — Der 32jährige Lehrer Erich Hoppel aus Herien bei Heßlich-Obendorf hatte sich am Sonntag bei dem Schwurgericht in Hannover unter der Anschuldigung zu verantworten, schändliche Verbrechen wider die Sittlichkeit an Mädchen unter vierzehn Jahren, deren Lehrer er war, in zahlreichen Fällen begangen zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte ist lutherisch, verheiratet und Vater von drei Kindern. Die Geschworenen bestanden von 43 Schulfragen 42 und verurteilten bis auf zwei Fälle die Frage nach mildernden Umständen in allen Fällen. Das Urtheil lautete auf eine Gesamtstrafe von acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. — Erdrosselt und seiner Waise von 60 M. beraubt wurde auf dem Heimwege am Sonntag Abend der Arbeiter Witte aus Dierholz (Altmark). Als der Thäter verdächtig sind der russische Arbeiter Gregorzewsky und dessen Frau verhaftet worden. — Aus Schwermuth (?) darüber, daß ihm die Unfallrente entzogen worden war, entleibte sich in Würzen in seiner Wohnung ein 53 Jahre alter verheirateter Lohgerber. — Im Breslauer Sattenordprozeß wurde den Geschworenen folgende Schulfrage vorgelegt: Ist der Angeklagte schuldig, im August 1885 zu Breslau seine Ehefrau Anna, verwitwete Grün, geborene Willmann, vorsätzlich getödtet zu haben, und zwar, indem er die Tödtung mit Ueberlegung ausführte? Am Dienstag forderte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer das „Schuldig“, während der Verteidiger Rechtsanwalt Manroth den Indizienbeweis eingehend kritisierte. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig des Todtschlages, worauf er zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt wurde. — Der Amtsrichter Lubeko in Ratibor ist von der Strafkammer in Gleiwitz wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. — Blitschlag in einen

Eisenbahnzug. Als der Vormittagszug der Thorn-Jüsterburger Strecke Montag in die Nähe der Station Pleßten gelangt war, fuhr ein Blitzstrahl eines starken Gewitters zwischen Tender und Packwagen auf den Schienenstrang. Der Eisenbahnzug erhielt einen so starken Stoß, daß die Passagiere von ihren Sitzen geschleudert wurden. Sofortiges Halten ergab, daß am Zuge nichts beschädigt war, dagegen war der Erdboden aufgerissen, auch die Leitungsdrahte waren zerbrochen. Dasselbe Gewitter hat an vier Stellen in der Provinz während des Abends und größere Gebiete eingeschert. Ein Buchhändler Champron. Die längste Zeit seines Lebens hat der jetzt aus dem Gefängnis in Helligesstadt entlassene Friedrich Niedeke aus Ebingerde a. H. in Strafanstalten zugebracht. Er hat allein 36 Jahre Zuchthaus verbüßt. Außerdem hat er mehrere Jahre in Gefängnissen und Korrekzionshäusern zugebracht. Er ist 81 Jahre alt. Trotz dieses hohen Alters erklärte N., er wolle sich nicht in ein Armenhaus unterbringen lassen, lieber lehre er in's Gefängnis zurück. Nach Untersuchung von 17 000 Mark ist aus Eberfeld der Notariatsgehilfe Fischer geflohen. Fischer war beim Notar Mauer beschäftigt. Nach dem Genuss von Wasserfischling starb plötzlich zu Hof in Bayern ein dreijähriges Mädchen. Drei andere Kinder, die ebenfalls von der Giftpflanze gegessen haben, befinden sich noch in Lebensgefahr.

Rom Blig erschlagen wurde bei Lonsfeld in der Nibelungsalz die Witwe Fuhrmann aus Langweil mit ihrer Enkelin, die sich bei einem Gewitter unter einem Baum geflüchtet hatten. Bei Groszaga (Mensch) wurde vor einigen Tagen die Frau des Gutsherrn W. Verußein auf freiem Felde vom Blig erschlagen. Die zwölfjährige Tochter, die sich in der Nähe der Frau befand, wurde zu Boden geworfen, blieb aber unversehrt. Der Mordmord in Lille wird immer mysteriöser. In Lille wurde der ehemalige Polizeikommissar, später botaun gistische Wahlmacher Gustav Dutilleul verhaftet, weil er dem Sohn des Pfortners Fruchard der geistlichen Schule, der der Säulbruder Klambien und der ermordete Anabe Gaston Foveaux angehört, zehntausend Franken anbot, damit er aussage, er habe den ermordeten Schüler einen Tag nach der Mordthat noch lebendig im Deutenwätschen gesehen. Mit Dutilleul wurden zwei Spießgesellen verhaftet. Da der Bestecher völlig vernügendlos ist, wird der Untersuchungsrichter aufzudecken haben, woher die zehntausend Franken kommen, die er bei sich trug.

Ludwig Büchner, der Bruder des genialen Dichters Georg Büchner, ist in Darmstadt, 75 Jahre alt, gestorben. Sein Hauptwerk „Kraft und Stoff“ gehört zu den verbreitetsten Büchern philosophischen Inhalts. Es war eine erfolgreiche Kampfschrift wider die orthodoxe Theologie; doch wurde der Textel durch Beezgebud ausgetrieben; die biblische durch die materialistische Theologie, ein Dogmatismus durch den andern. Die ungeheure Verbreitung des Buches, an dem Ungezählte gleichsam philosophisch lesen lernten, hat der tiefen Erkenntnis der philosophischen Wissenschaft nicht gedient. Büchner blieb bis an sein Ende in rührigster geistlicher Thätigkeit. Politisch stand er der Demokratie nahe.

Wegen Majestätsbeleidigung ist nach einer Uebersicht der „Volkstz.“ im Monat April in 21 Fällen auf insgesamt 128 Monate (10 Jahre 8 Monate) Gefängnis erkannt worden. Drei Mal wurde im April d. Js. Freisprechung erlangt, und zwar wurde in einem Falle von der Strafkammer in Wollheim in Posen Betrübntheit des Angeklagten als Grund für die Freisprechung angenommen. Außerdem sehen noch drei im April begangene Majestätsbeleidigungen der gerichtlichen Abhandlung entgegen. In den ersten vier Monaten d. J. sind nach der Aufstellung der „Volkstz.“ zusammen 150 Majestätsbeleidigungen gerichtlich anhängig gemacht worden.

Staatsgefährlicher Käse. Der „Russischen Tribune“ wird aus Debischwitz geschrieben: „Diejenigen Postbeamten, deren Frauen Mitglied des hiesigen Konsumvereins sind, werden von der Geraer Postdirektion sowohl als vom hiesigen Bürgermeister aufgefordert, ihre Frauen zu veranlassen, aus dem Verein auszutreten, da sich die Leitung desselben in — es ist schrecklich, aber wahr — sozialdemokratischen Händen befindet“

Die Postverwaltung nimmt augenscheinlich an, daß das sozialdemokratische Gift auf Käse, Kaffee, Schmierseife und Heringe übergeht, wenn diese Gegenstände in der Nähe von Sozialdemokraten lagern. Auf dem Wege durch den Wagen gelangt dann das Gift in Herz und Hirn. Herr Bobbielaki und seine Untergebenen werden nun die Konsequenzen dieser Anschauung ziehen. Obdachlos werden sie umherirren denn jedes Haus ist unter der Mitwirkung von Sozialdemokraten gebaut. Kein Kleidungsstück wird ihnen zur Verfügung stehen, um ihre Wösten zu bedecken dem sozialdemokratischen Schneider haufen in allen Werkstätten. Jede Nahrung müssen sie zurückweisen denn wer bietet Garantie, daß nicht selbst eine einfache Semmel auf dem Wege vom Samentorn zum Widerjungen Sozialdemokraten gestreift hat. Jeder Gebrauchsgegenstand ist verdächtiges und deshalb verbotenes Gut. Und wenn sie dann einen Erlaß niederschreiben wollen, um die Ausrottung der fürchterlichen Sozialdemokraten zu befehlen so fällt den schreckhaft Erblebenden ein, wie auch Tinte, Feder und Papier bis zu ihrer Herstellung und ihrem Vertrieb zweifellos irgendwo sozialdemokratisch infiziert worden sind. Verworfenst planen sie aus dem rettungslos durchsuchten Lande auszuwandern. Der Südpolar Kontinent ist sicherlich noch kuscheliger aber wehe, wie dorthin gelangen, da alle Verkehrsanstalten, Schiffe, Bahnen und Luftballons von Sozialdemokraten im Betrieb erhalten werden, und die Betriebsmittel von Sozialdemokraten geschaffen worden sind!

Für die Eheschließung Taubstummer ist nach der „Deutschen Juristenzt.“ eine Entscheidung des Reichsgerichts bemerkenswerth: Ein Taubstummer hatte sich 1894 in der Weise verheiratet, daß der Standesbeamte an denselben, der des Lesens und Schreibens kundig war, schriftlich die Frage gestellt hatte, ob er sich verheirathen wolle, und schriftlich die Ehe für geschlossen erklärte. Im Jahre 1898 heirathete der Taubstummer von neuem und beanstandete, mit seiner Zweitangehrten wegen Ungültigkeit verurtheilt, daß die Erklärung des Eheschlusses das erste Mal habe schriftlich erfolgen können. Das Reichsgericht verwarf die Revision und nahm an, daß die Eheschließung nach dem Zivilstandsgesetz dadurch erfolge, daß der Standesbeamte die Verlobten vor zwei Zeugen befrage, ob sie die Ehe mit einander eingehen wollten, und auf bejahende Antwort der Verlobten durch Rechtspruch des Standesbeamten, daß sie nunmehr kraft des Gesetzes rechtmäßig verbundene Eheleute seien. Als Taubstummer und der deutschen Sprache nicht Mächtige seien besondere Vorschriften nicht gegeben, sondern die Eheschließung zulässig, soweit eine Verständigung möglich sei. Die Mittel zur Verständigung seien nicht beschränkt, also neben den gesprochenen oder geschriebenen Worten sogar die Gebardensprache zulässig. Die schriftliche Erklärung des Standesbeamten sei also zulässig, und es bedürfe der Entscheidung nicht, ob die Eheschließung in der Erklärung der Verlobten liege und die des Standesbeamten nur eine amtliche Bestätigung darstelle, oder ob letztere eine zur Eheschließung erforderliche Form bilde.

Schwerlicher Terrorismus gegen Arbeiter. Einem kreikenden Maurer in Weendorf ist folgendes Schreiben zugegangen:

Weendorf, den 23. April 1899.
An dem Maurer und Steuerheber der Gemeinde Weendorf in Weendorf.
Ich muß Sie dringen anfordern daß Sie binnen 48 Stunden sich aus den Verband abmelden, da sonst Ihre Steuererhebe stelle in Gefahr kommt, und Ihnen selbige vom Königl. Landrathsamt abgenommen wird, nach geschehener Abmeldung bitte Ich um Nachricht.
Sommermeyer

(Ortskempel.) Gemeinde Vorsteher.
Das ist purer Mißbrauch der Amtsgewalt. Der Gemeindevorsteher hat zu seinem Vorgehen nicht das mindeste gesetzliche Recht, da es sich hier, wie unser Braunschweiger Parteiorgan ganz richtig bemerkt, um die Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation handelt, die eine nach der Gewerbeordnung gesetzlich geschützte Thätigkeit ausüben soll.

Die Folgen der Denunziation. Der Wirth Georg Britting in Ludwigshafen verübte einen Mordversuch auf den Wirth Jakob Anon ebenfalls selbst, weil er glaubte, Anon habe ihn wegen Majestätsbeleidigung angezeigt.

er. „Als ob es auf die Zeit ankäme und nicht auf die Geschicklichkeit! Mich darf die Berechnung keine zwei Stunden kosten. Je länger man mit diesem Böbel spricht, desto wilder wird er ja! Also höchstens zwei Stunden!“

Zu der That brachte er dies Kunststück zu Stande. Als er am nächsten Tage um die zehnte Vormittagstunde vor der Ehente eintraf, empfing ihn eine überaus zahlreiche Versammlung. Alle Bauern von Zulawec standen im Festkleide da; Männer, Weiber und Kinder. Ferner der hochwürdige Martin, welcher diesmal, um den seltenen Besuch seinerseits auch durch eine Seltenheit zu ehren, völlig nüchtern war. Und endlich kam auch auf die Kunde von dem Eintreffen des Beamten Herr Hajek herbei, hinter ihm Boleslaw Stipinski mit einer zahlreichen Schaar von Knechten. Der Kommissar sprang vom Wagen, küßte seinen Hut zum Gegengruß und ließ dann einen Tisch unter die Linde bringen.

„Das ist mein erstes Instrument“, jagte er zu Herrn Hajek, „das zweite habe ich mir mitgebracht“. Er deutete auf den biden Kanzlisen, der eben mit einem riesigen Tintenfaß und einem schweren Pack Papier beladen vom Wagen herabkletterte und auf den Tisch zustunkte. „Und das dritte wird leicht zu requiriren sein: ein Crucifix!“

Es wurde rasch aus dem nächsten Hause herbeigeht und auf den Tisch gestellt.

„Eigentlich sollten wir“, flüsterte ihm der Kanzlist zu, „auch zwei brennende Kerzen...“

„Wozu?“ unterbrach ihn der Kommissar lächelnd. „Ich werde den Leuten selbst ein Licht aufstecken!“ Aber als er nun zu reden begann, Klang seine Stimme etwas unsicher: „Ihr wißt, warum ich gekommen bin. Ich habe zu erkunden, wo das schwarze Kreuz, welches heute in der Mitte des Gemeindecens steht, vor sechzehn Jahren gestanden ist. Alles Andere kümmert mich nicht und ich nehme es nicht zu Protokoll. Wer also nichts über diese Sache zu sagen hat, entferne sich! — habe die Güte, sich zu entfernen!“ verbesserte er sich rasch.

Nur einige Tagelöhner aus der Ebene traten bei Segte, die Anderen Alle behaupteten ihren Platz; ein solches Schauspiel war nicht alle Tage zu sehen.

„Die eine Partei“, fuhr Herr Kapronski fort, „behauptet, daß das Kreuz vor fünfzehn Jahren umgestürzt wurde. Sowohl daran, als auch an das Gegentheil, kann sich nur Derjenige genau erinnern, der schon damals zurechnungsfähig war, also heute wenigstens dreißig Jahre alt ist. Wer jünger ist, möge — hm! — möge so freundlich sein, zu gehen!“

Noch immer regte sich diese lebende Mauer nicht: Herr Kapronski blickte wie Hülfe suchend um sich und der Richter erbarmte sich seiner. „Habt Ihr nicht gehört?“ rief er mit weitkündender Stimme. „Wer noch nicht sein 30. Jahr erreicht, hat hier nichts zu suchen!“

Der Jurist übte sofort seine Wirkung. Zuerst liefen die Mädchen sichernd davon, dann die Weiber und Kinder, und endlich die jungen Burche. Aber es blieben noch immer an zweihundert Menschen festgeballt vor dem Gerichtstische stehen.

„Und nun gebt Acht!“ fuhr der Kommissar fort. „Wer sich nicht genau erinnert, wo das Kreuz vor 16 Jahren stand, hebe die Rechte auf!“

Nur zwei Hände streckten sich empor: die der Führer beider Parteien. „Ich bin erst seit anderthalb Jahren im Dorfe“, sagte der Mandatar. „Und ich seit zehn Jahren“, bemerkte der Richter.

„Thut nichts!“ erwiderte Herr Kapronski. „Ich bitte Sie, dennoch hier zu bleiben, weil diese Menschen sonst — hm!“ Er räusperte sich verlegen und schte dann laut hinzu: „Also — der Unparteilichkeit wegen! Treten Sie an den Tisch zur Rechten, Herr Mandatar, und Ihr, Herr Richter, zur Linken!“

„Nun hörst abermals!“ wandte er sich wieder an die Menge. „Wer sich genau erinnert, daß das Kreuz auch vor 16 Jahren in der Mitte des Aekers stand, wie heute, trete zur Rechten, also auf jene Seite, wo der Herr Mandatar

steht. Wer sich aber genau daran erinnert, daß das Kreuz vor sechzehn Jahren noch dicht am Flusse stand und erst ein Jahr später von dort entsernt und an seiner heutigen Stelle aufgerichtet wurde, trete zur Linken, dorthin, wo der Richter steht...“

Die Scheidung vollzog sich unter dumpfem Gemurmel, aber als sie vollendet war und nun beide Parteien einander getrennt gegenüberstanden, da erhob sich wilder Jorruß, Schimpf und Verwünschung.

„Ihr Hunde!“ riefen die Bauern und schlangen die Beile. Dem drüben standen nicht bloß, wie sie erwartet, die Knechte, Mäuer und Sassen der Herrschaft, sondern auch einige der Ihren, Tagelöhner und herabgekommene Hausväter, Linpe und Schelme. Welch' schlimmer That man sie auch sonst fähig gehalten, Niemand hätte ihnen offenen Verrath an ihrem Dorfe zugetraut. Denn das erschien den Ruthenen als schlimmste Schandthat: das Band der Gemeindegilt ihnen heiliger, als jedem anderen Volke. Aber tiefer und schmerzlicher, als diese Niedertracht des bestlofen Gefindels, empörte es die Männer, daß sie den Sohn ihres einstigen Richters gleichfalls im Feindeslager erblickten mußten. Auch Parasim Woronta war nach rechts getreten. Was bei den Anderen das Geld bewirkt, hatte bei ihm der Machedurst vollbracht; nun endlich konnte er dem tödtlich gehalten Fremdling einen bösen Streich spielen. Denn je grimmer ihm sein Vaster an Kraft und Vermögen zehrte, desto fester war seine Ueberzeugung geworden: „Ohne den Taras wäre ich heute Richter, der reichste Mann des Dorfes und der Gatte der Annsa!“ Und alle Gutthat, welche ihm der Gble erwiesen, hatte nur seinen Grimm und Groll gemehrt. Zu feig, um dem Verhassten an Leib und Leben zu greifen, hatte er sich vom Mazuren Boleslaw, zu dieser Art der Rache überreden lassen. Aber als er nun das Versprechen erfüllen mußte, da regte sich doch sein Gewissen und er zitterte an allen Gliedern.

(Fortsetzung folgt.)